Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

1415: Jan Hus wird zu Konstanz verbrannt; aus: „Das Merkwürdigste aus der Moral, Natur- und Weltgeschichte", 1805

- **Berlin: Viel zu tun für den rot-rot-grünen Senat**
- **Trump gibt sich als Sachwalter der „Vergessenen" – in Wahrheit aber kämpft seine „Bewegung" nicht um deren soziale Emanzipation**
- **Italien: Der Verschrotter verschrottet**
- **Wege zum bezahlbaren Wohnen**
- **Teilhabe statt Kostendämpfung!**
- **Religionsfrieden: Wir haben es in der Hand!**
- **Kalenderblatt: Europäische Union 1989: Das europäische Arbeitsschutzgesetz**

Ausgabe Nr. 12 am 15. Dezember 2016, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch". Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

online lesen: www.linkekritik.de/pb1612-pdf.html ; www.linkekritik.de/pb1612-text. html

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (verantwortlich), E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring, Christoph Cornides, Edith Bergmann.
Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (verantwortlich), E-Mail: t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer, Ulli Jäckel, Rosemarie Steffens.
Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (verantwortlich), E-Mail: pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher, Jörg Detjen.
Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich).
Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung" werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen
Hiermit bestelle ich …… Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. .....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Österreich: Rechtsradikaler FPÖ-Bundespräsident abgewendet – als Nächstes ein FPÖ-Bundeskanzler?

Am 4. Dezember 2016 ging der längste Wahlkampf in der Geschichte Österreichs zu Ende. Der ehemalige Vorsitzende der Grünen, Van der Bellen, erhielt 53,8%, FPÖ-Kandidat Hofer 46,2% der Stimmen bei der Direktwahl zum österreichischen Bundespräsidenten. Die Wahlbeteiligung betrug 74,2%. Nachdem im ersten Wahlgang im April 2016 kein Bewerber die notwendige Mehrheit erreicht hatte, gab es im Mai 2016 die erste Stichwahl, bei der Van der Bellen mit knapper Mehrheit von 50,35% gewann. Diese Wahl wurde von der FPÖ angefochten und vom Verfassungsgericht wegen Verfahrensmängeln annulliert. Der nächste Wahltermin im Oktober musste wegen technischer Pannen mit den Briefumschlägen auf Dezember verschoben werden.

Dass Van der Bellen zwischen Mai und Dezember 2016 noch weitere Wählerinnen und Wähler gewinnen konnte, dürfte nicht zuletzt an der positiven Wahlempfehlung des ÖVP-Vorsitzenden und derzeitigen Vizekanzlers Mitterlehner für Van der Bellen gelegen haben.

Van der Bellen wurde de facto von einem Stimmungsbündnis „Hofer verhindern / Van der Bellen wählen" neben grüner Wählerschaft von großen Teilen der SPÖ-Wählerschaft und Teilen der ÖVP-Wählerschaft (die konservative ÖVP entspricht in etwa der CDU, die SPÖ der SPD in Deutschland) zur Mehrheit gebracht. Der FPÖ-Kandidat Hofer dagegen wurde von entschiedenen Anhängern gewählt. (Die FPÖ entspricht nicht der FDP in Deutschland, sondern hat seit ihrer Gründung Mitte der 1950er Jahre neben nationalliberalen auch groß-deutschnationalen und Altnazi-Anhang in Österreich gesammelt). Der Anteil weiblicher WählerInnen war in der Wählerschaft Van der Bellens deutlich höher als in der Hofers. Die Spaltung, die in diesem Wahlergebnis zum Ausdruck kommt ist auch eine zwischen urbaner Gesellschaft (Van der Bellen) und ländlichem Raum (Hofer) in Österreich.

Das für die weitere Parteienentwicklung in Österreich einschneidende Ergebnis sind die 46,2% für FPÖ-Hofer. Das drückt sich auch in den Umfragewerten für die Parteien aus.

Bei den Nationalratswahlen (entspricht den Bundestagswahlen) im Herbst 2013 erhielten: SPÖ: 26,8%, ÖVP 24%, Grüne 12,4% und die FPÖ bereits 20,5%. Inzwischen sehen die Umfragen (verschiedener Institute vor den Bundespräsidentenwahlen) die FPÖ zwischen 33 und 35%, also als stärkste Partei, die SPÖ zwischen 25 und 28%, die ÖVP zwischen 18 und 21% und die Grünen um die 12%.

Daher hat selbstverständlich Heinz-Christian Strache, Partei- sowie Fraktionsvorsitzender und Oberhetzer der FPÖ (der „Zustrom von kulturfremden Armutsmigranten … macht mittelfristig einen Bürgerkrieg nicht unwahrscheinlich." – Strache) seine Ambitionen auf das Kanzleramt nicht aufgegeben. Die Bereitschaft von ÖVP und SPÖ vorausgesetzt, „zur Not" eine Regierungskoalition mit der FPÖ unter FPÖ-Führung einzugehen, wäre ein solches Desaster nach gegenwärtigem Stand der Dinge nur durch eine noch größere große Koalition von SPÖ, ÖVP und Grünen zu verhindern.

Im Herbst 2018 finden spätestens die nächsten Nationalratswahlen statt. Bis dahin stehen auch noch vier Landtagswahlen aus. Am 1.7.2018 übernimmt Österreich den Vorsitz im EU-Ministerrat. Aus unterschiedlichen Gründen (Streit in der großen SPÖ/ÖVP-Koalition, Druck der FPÖ, Hoffnung auf positive Effekte durch zeitliche Verbindung Landtags- und Nationalratswahlen) könnte es auch bereits im Frühjahr 2017 zu vorgezogenen Neuwahlen zum Nationalrat kommen.

Es bleibt also zu hoffen, dass es zu vorgezogenen Neuwahlen nicht kommt, und dass insbesondere SPÖ und Grüne, aber auch ÖVP positive Impulse aus dem Wahlergebnis für Van der Bellen für die Auseinandersetzung mit dem radikalisierten Nationalkonservatismus der FPÖ ziehen können.

DerStandard.at, BMI Österreich, Statista 2016
Christoph Cornides, Mannheim

Regionale Verteilung der Stimmergebnisse (inklusive Briefwahl) bei der Bundespräsidentenwahl. Hell: Mehrheit für Van der Bellen, dunkel: Mehrheit für Hofer.
Quelle: http://wahl16.bmi.gv.at/

Berlin: Viel zu tun für den rot-rot-grünen Senat

Nachdem die Berliner große Koalition von SPD und CDU im September abgewählt worden war (SPD 21,6%, 6,7% weniger als 2011, CDU 17,6%, minus 5,7%), hat das Berliner Abgeordnetenhaus nun den neuen Senat aus SPD, Linken (15,6%) und Grünen (15,2%) gewählt. Die neue Koalition hat im Parlament gegenüber der Opposition aus CDU, AfD und FDP eine satte Mehrheit. Im neuen Senat stellt die SPD vier Senatoren (Schule, Finanzen, Inneres und Gesundheit) sowie den Regierenden Bürgermeister Müller. Die Grünen stellen die Wirtschaftssenatorin, die Senatorin für Umwelt und Verkehr und den Justizsenator. Die Linke, deren Mitglieder mit 89,3% die Koalition begrüßt haben, stellt mit Klaus Lederer den Senator für Kultur und Europa. Katrin Lompscher ist Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Elke Breitenbach Senatorin für Arbeit und Soziales.

In drei der zwölf Berliner Bezirke (Pankow, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf) stellt die Linke die Bezirksbürgermeister/innen. In den Innenstadtbezirken Mitte und Kreuzberg-Friedrichshain stellen die Grünen die Bürgermeister/innen, die CDU in Steglitz-Zehlendorf und Reinickendorf, in den verbleibenden fünf Bezirken die SPD. In allen Bezirken ist die Linke nun mit Fraktionsstatus im Kommunalparlament.

Auf den neuen Senat wartet viel Arbeit. Modernisierung der Verwaltung, mehr Personal, eine deutliche Verbesserung aller Verwaltungsprozesse ist eine der großen Aufgaben. Die Verwaltung der Stadt war unter der großen Koalition noch schlechter geworden, als sie ohnehin schon gewesen war, nicht nur, weil weiter Personal abgebaut wurde, sondern auch, weil CDU-Innensenator Henkel keine Lust hatte, sich um eine Verbesserung der Verwaltung zu kümmern. An- und Abmeldungen bei den Bürgerämtern dauerten Wochen, manchmal Monate. „Bürgerämter statt Warteämter“ war eine Forderung der Linken im Wahlkampf. Mit der Anhebung der Entgelte der öffentlichen Beschäftigten auf das bundesweite „Normalniveau“ sollen auch dringend erforderliche Neueinstellungen erleichtert werden. Allein bei der Polizei sind tausend Stellen nicht besetzt, im Jugend- und Sozialbereich sieht die Situation noch schlechter aus. Auch die Digitalisierung der Verwaltung soll endlich vorangebracht werden.

Der frühere CDU-Sozialsenator Czaja hatte mit dem bundesweit berüchtigten Lageso (Landesamt für Gesundheit und Soziales, heute LAF, Landesamt für Flüchtlinge), das mit dem Zuzug der Flüchtlinge in 2015 zu keinem Zeitpunkt zurechtkam, beim Thema schlechte Verwaltung noch eins draufgesetzt. Bis heute sind mehrere tausend Flüchtlinge in Turnhallen untergebracht. Der Betrieb der neuen schnell errichteten Wohnanlagen für die Flüchtlinge war so dilettantisch ausgeschrieben worden, dass alle Bescheide von unterlegenen Bewerbern erfolgreich angefochten wurden. Die Wohnanlagen sind fertig, stehen aber leer. Dies und die weitere Integration der Flüchtlinge muss nun die linke Sozialsenatorin Elke Breitenbach anpacken.

Zweites Großthema ist Wohnen. Die Mieten waren in den letzten Jahren immer schneller gestiegen, die Verdrängung aus der Innenstadt, aber auch aus anderen Wohngebieten immer massiver geworden, eine schon vom alten Senat verhängte Mietpreisbremse faktisch wirkungslos. Hier soll durch den Neubau von 55 000 landeseigenen Wohnungen plus zusätzlichen privaten Wohnungsbau, durch eine Begrenzung des Mietanstiegs in den Landeswohnungen und weitere Maßnahmen gegengesteuert werden. Verantwortlich ist die linke Senatorin Lompscher. Sie wird sich gemeinsam mit den Bezirken auch um sich abgehängt fühlende Randbezirke und Armutsgebiete kümmern müssen, in denen die AfD stark abschnitt. Mit der langjährigen Senatsbaudirektorin Regula Lüscher und dem Gentrifizierungs-Kritiker Andrej Holm hat sie zwei kompetente Staatssekretäre zur Seite.

Drittes Thema ist die Verbesserung der maroden öffentlichen Infrastruktur. Das beginnt bei den Schulen, die mit fünf Milliarden Euro in den nächsten Jahren saniert werden sollen, geht weiter über Straßen, Brücken, Radwege, Fußgängerwege. Ein vom ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrradclub) organisierter Volksentscheid für bessere Radwege hatte schon vor den Wahlen viel Unterstützung gefunden, die tödlichen Unfällen unter Radfahrern sind immer wieder Thema in den Medien. Bessere Radwege, ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs und eine Begrenzung des Preisanstiegs im ÖPNV sollen hier Abhilfe schaffen.

Viertes Großthema ist der Abbau der Arbeitslosigkeit, speziell der Jugendarbeitslosigkeit, und die Verringerung der sozialen Gegensätze in der Stadt. Zwar ist Berlin nicht mehr bundesweit Schlusslicht bei der Arbeitslosigkeit, liegt aber mit zuletzt 9,2% Arbeitslosenrate nur knapp vor Bremen. Schulabgänger finden viel zu wenig Angebote in der dualen Ausbildung. Besonders gravierend ist das unter jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Hier hatte schon der frühere rot-rote Senat mit „Berlin braucht dich“ ein Motivationsprojekt für junge Menschen auf den Weg gebracht, das diesen mit Praktika in den Betrieben Anreize für einen guten Schulabschluss und eine anschließende duale Ausbildung vermitteln soll. In der Verwaltung und den öffentlichen Betrieben ist das Projekt gut unterwegs. Der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund nähert sich dort dem Anteil dieser jungen Menschen unter Schulabgängern. In der Industrie, im Handwerk und im privaten Dienstleistungsgewerbe dagegen ist noch viel zu tun. Eine nach dem Vorbild von Hamburg errichtete Jugendberufsagentur soll jungen Menschen zusätzliche Chancen auf Ausbildung schaffen. Auch die unter dem rot-roten Senat begonnene Industriepolitik, die unter der großen Koalition zugunsten einer Verhimmelung von Start-Ups und „Digitalisierung“ aufgegeben worden war, soll wiederaufgenommen werden.

Ob all das auch bundespolitisch ausstrahlt, als Rückendeckung für ein rot-grün-rotes Projekt auf Bundesebene, ist zweifelhaft. Die Linke hat in Berlin mit über 255 000 Stimmen das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt. Nur 1999, zur Zeit des Berliner Bankenskandals, erreichte die PDS mit Gregor Gysi als Spitzenkandidat mit 17,7% mehr Stimmen. Erzielt wurde das jetzige Ergebnis mit einem lösungsorientierten linken Reformprogramm, mit vielen jungen Leuten, mit neuen Gesichtern und mit erkennbarem Abstand zu Bundespolitikern wie Sahra Wagenknecht oder Bernd Riexinger. Die Berliner Partei hat sich von innerparteilichen Flügelkämpfen ebenso ferngehalten wie von nationalistischen Tiraden gegen die EU oder gegen Flüchtlinge. Mit Losungen wie „Euch gehört die Stadt“ hat sie an das Selbstbewusstsein und die Selbsttätigkeit der Menschen appelliert, hat den Leuten zugehört, statt sich in besserwisserischem linken Klientilismus nach dem Muster „Wir wissen, was euch gut tut“ zu ergehen und in unrealistischen Forderungen. Und sie hat es geschafft, Fehler der Vergangenheit wie z.B. in der Mieten- und Wohnungspolitik, glaubwürdig zu überwinden. Ihre Grundaussage, dass angesichts der sozialen Probleme ein mehr an öffentlichen Leistungen, an öffentlichem Dienst, an öffentlichen Betrieben nötig ist, kam bei den Leuten an. All das ist bundesweit nicht das vorherrschende Politikmuster der Linken. Für Rot-grün-rot auf Bundesebene ist Berlin kein Signal, leider.

Rüdiger Lötzer, Berlin

Der Verschrotter verschrottet – ein politisches Referendum über eine technische Frage

So, jetzt ist Schluss. Das Referendum vom 4. Dezember 2016 hat eine lange Wahlkampagne beendet, die aufgrund des fehlenden Inhaltes und der kaum stattgefundenen Debatten einfach endlos schien. Eine Wahlkampagne, bei der die inhaltliche Frage sich in eine Abstimmung für oder gegen die Regierung von Matteo Renzi, Partito Democratico (Mittelinkspartei), verwandelt hat. Und bei der das Land in zwei geteilt wurde. Für das Ja ein Teil der Demokratischen Partei und der anderen Regierungsparteien, für das Nein eine bunt zusammengewürfelte Allianz aus der Partei von Berlusconi, der Lega Nord (der extremrechten und antieuropäischen Partei), der Linken und der Fünf-Sterne-Bewegung (Partei, die vom Komiker Beppe Grillo als Gegenbewegung zur politischen Klasse und ihren Auswüchsen gegründet wurde und die sich auch antieuropäisch aufstellt).

Dem jungen und respektlosen Matteo Renzi, dem ehemaligen Bürgermeister von Florenz, der von Journalisten und der Presse wegen seiner Bereitschaft, die alte politische Klasse zu verschrotten – deswegen auch der Beiname „der Verschrotter (Rottamatore)" – hochgejubelt wurde, war es im Dezember 2013 gelungen, die innerparteilichen Wahlen für sich zu entscheiden und sich zwei Monate später vom Parlament zum Regierungschef ernennen zu lassen. Der damalige Staatschef und Präsident hatte ihm bei seiner Ernennung ausdrücklich nahegelegt, Reformen zur „Modernisierung des Landes" einzuleiten. Zwei Monate später, im April 2014, hat die Regierung die Reform dem Parlament vorgelegt, das sie zwei Jahre später verabschiedete. Die bestätigende Volksbefragung wurde anschließend von der Demokratischen Partei selbst und den Mitgliedern der Opposition gefordert.

Im Wesentlichen sah die Reform den Abbau des Zweikammersystems, eine Senkung der Funktionskosten der Organe des Staates sowie die Neubewertung der Zuständigkeitsaufteilung zwischen Staat und Regionen vor. Mit der Abschaffung des perfekten Zweikammersystems (beide Kammern des Parlamentes verfügen über gleichwertige Zuständigkeiten) sollte eine Diskussion beendet werden, die beinahe so alt war wie die Verfassung selbst. Viele Verfassungsrechtler sind sich einig, dass dieses System redundant ist und die Verabschiedung von Gesetzen nur unnötig hinauszögert. Im Laufe der Jahre sind bereits zahlreiche Abänderungsvorschläge gemacht worden. Das neue Gesetz schlug die Aufrechterhaltung der beiden Kammern vor, der Senat aber sollte nicht mehr direkt gewählt werden, sondern aus Senatoren der Regionalräte und Bürgermeister bestehen. Die statt der heutigen 320 nur 100 Senatoren sollten über Verfassungsgesetze und Gesetze zur Beteiligung Italiens an der Bildung und Umsetzung europäischer Politiken abstimmen. Für alle anderen Gesetze wäre die legislative Funktion der Abgeordnetenkammer vorbehalten gewesen, aber der Senat hätte über einige Tage verfügt, um Abänderungen vorzuschlagen. Auch das Vertrauensvotum der Regierung wäre allein Befugnis der Abgeordneten gewesen. Dieses neue System führte laut Reformgegner eine Reihe von undeutlichen und verwirrenden Möglichkeiten, Gesetze zu verabschieden, und eine kaum klare Funktion des Senats ein, während die Reform laut ihrer Verfechter klare, in der Verfassung festgehaltene Fristen für die Verabschiedung von Gesetzen vorgesehen hätte.

Der zweite Punkt, die Senkung der Kosten der Politik, wäre laut Verfechter der Reform mit der geringeren Anzahl der Senatoren und der Abschaffung ihrer Diäten, der Abschaffung der Provinzen und der Abschaffung des CNEL – Consiglio Nazionale dell'Economia e del Lavoro, dem Nationalrat für Wirtschaft und Arbeit – einhergegangen. Als Staatsorgan mit der Möglichkeit, Gesetzesinitiativen zu ergreifen und Stellungnahmen über die Wirtschaft und Beschäftigung abzugeben, hat der CNEL in einem halben Jahrhundert 14 Gesetzesentwürfe, 96 Stellungnahmen und 970 Berichte und Studien vorgelegt. Alles für die bescheidene Summe von 20 Millionen Euro pro Jahr!! Die Befürworter des Neins, auch die Vertreter der Fünf-Sterne-Bewegung, deren Steckenpferd die Senkung der Kosten der Politik ist, argumentierten, dass die eingesparten Kosten nur minimal und nicht realistisch seien.

Die Neubewertung der Aufteilung von Befugnissen zwischen Staat und Region sah vor allem die Abschaffung der sogenannten gleichzeitigen Kompetenz und die Einführung einer „Vorherrschaftsklausel" des Staates über die Regionen vor. Wichtige Zuständigkeiten wie im Gesundheitswesen wären wieder an den Staat gegangen. Die Befürworter wollten damit u.a. eine kohärente Politik beispielsweise im Bereich der Impfungen und Gesundheitsbehandlungen.

Die Verfassungsrevision war mit der Reform des Wahlgesetzes verbunden (da das aktuelle Gesetz vom Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig erklärt wurde), das sogenannte Italicum. Diese Reform zur Revision der Verfassung, das nur von der Abgeordnetenkammer angenommen wurde, erfordert eine große Mehrheit. Es wurde anhand von Vertrauensfragen angenommen und wurde so scharf kritisiert, dass es sogar zu einem Bruch in der Demokratischen Partei geführt hat und die Diskussion über die Verfassungsreform nur verschärft hat. Die Verfechter der Reform hielten fest, dass dem Land hiermit eine Stabilität ermöglicht würde, das in 70 Jahren 63 Regierungen hatte, während die Gegner mit der Gefahr einer zu starken und autoritären Regierung argumentierten. Auch diese Reform wird gegenwärtig vom Verfassungsgerichtshof untersucht, der im Januar 2017 entscheiden soll.

Dieser explosive Cocktail, zusammen mit der Tatsache, dass Renzi seine Zukunft in der Regierung an das Ergebnis des Referendums gebunden hat, hatte zur Folge, dass die Kräfte der Opposition sich vereint haben, um „ihn nach Hause zu schicken" und eine Abstimmung und eine Diskussion, die eigentlich sehr technisch ausfallen musste, in eine Abstimmung über Renzi selbst zu verwandeln.

Die Möglichkeiten, die sich Italien im Moment öffnen, sind unsicher: Renzi ist zurückgetreten, vorzeitige Wahlen sind ohne ein gültiges Wahlgesetz kaum möglich, und es ist unklar, wer eine eventuelle Regierung mit „Technikern" bis zu den nächsten Wahlen unterstützen würde, da die Kräfte der Opposition, aber auch die Regierung selbst, sehr geteilt sind. Und diese Situation hat auch Auswirkungen auf Europa. Bei vorgezogen Wahlen ist es wahrscheinlich, dass die sehr populistische Fünf-Sterne-Bewegung, die sich aus einfachen Bürgern mit wenig politischer Erfahrung zusammensetzt, die Wahlen gewinnen kann. Das wäre kein Übel, wenn es nicht so starke Zweifel an ihrem europafeindlichen Programm und ihrer effektiven Fähigkeit und Kompetenz, ein Land wie Italien in so schwierigen Zeiten der nationalen Teilung zu leiten, gäbe. Renzi hat seine Wette verloren, der populistischen Bewegung den Boden unter den Füßen wegzuziehen, indem er selbst Slogans und Reformen anbietet, die ihnen am Herzen liegen. Es kann viele Gründe hierfür geben: Unerfahrenheit, Arroganz, fehlender Kontakt mit der Realität, fehlenden wirkliche „linke" Politiken und fehlende Unterstützung der jungen Bevölkerung (die mehrheitlich für Nein gestimmt hat) … Nichtsdestotrotz ist das Machtvakuum, das entstanden ist, auch im Hinblick auf die geopolitische Sackgasse, in die wir uns bewegen, nichts, das gewollt war und sehr besorgniserregend bleibt.

Chiara Lorenzini, Brüssel

Trump gibt sich als Sachwalter der „Vergessenen“ – in Wahrheit aber kämpft seine „Bewegung“ nicht um deren soziale Emanzipation

Die erste der drei TV-Debatten zwischen Hillary Clinton und Donald Trump wurde am 27.9.2016 von diversen Sendern übertragen und zu einem gewissen Teil wurde sie auch mit spanisch-sprachiger Übersetzung ausgestrahlt. Sie verzeichnete mit 84 Millionen die höchste in den USA jemals festgestellte Zuschauerzahl. Einige weitere Millionen Zuschauer werden für Einrichtungen diverser Art im öffentlichen Raum geltend gemacht sowie für Nutzer des Internets. Diese herausgehobene Stellung wird auch noch einmal durch die deutlich niedrigeren Einschaltquoten bei den beiden nachfolgen Debatten bestätigt.

In einigen US-Medien findet sich die Annahme, dass ganz eindeutig Donald Trump die Rolle eines Magnets in dieser Sache innehatte. Wie auch immer, der republikanische Präsidentschaftskandidat konnte sich – so viel ist gewiss – schon im Vorhinein eines sehr großen Zuschauerinteresses sicher sein. Er wollte dieses Auditorium insofern unbedingt nutzen für seine spezifische Agitation – das wurde unmissverständlich schon nach wenigen Minuten deutlich. An einer ernsthaften Argumentation hatte er tatsächlich von Anbeginn kein Interesse. Im Nachfolgenden geht es daher um die Struktur dieser Agitation. Es soll hier der Versuch einer Rekonstruktion unternommen werden.

Leo Löwenthal und Norbert Gutermann, zwei sozialpsychologische Vertreter der Kritischen Theorie im Exil, haben sich mit der Struktur jenes Typus von Agitation befasst[1], die heutzutage von Donald Trump betrieben wird. In Anlehnung an ihre Rekonstruktionsmethode lässt sich hier zu allererst feststellen, dass er sich als Anwalt anzubieten sucht, der sich der Lage aller Arbeitslosen und deren Familien annimmt. Zum einen sucht er den Ängsten und der Unzufriedenheit der Betroffenen Ausdruck zu geben. Zum andren sucht er die Verantwortlichen für die Lage dieser Menschen zu identifizieren. Auf dieser ‚Schiene‘ findet seine Generierung der Feindbilder statt.

Es ist bemerkenswert, wie offen Trump mit der Unterbringung seiner eigenen wirtschaftlichen Nutznießungsinteressen im Kontext der oben angesprochene ‚Bewegung‘ umgeht: Hillary Clinton

Mitglieder der Minnesota Fair Trade Coalition protestieren vor den Cargill Büros in Hopkins (Bildquelle: Union Advocate)

hatte ihm in jener ersten TV-Debatte u.a. vorgehalten, dass seine wiederholt geltend gemachte Sachwalterschaft für die Hunderttausende von montanindustriellen Arbeitslosen ihn keineswegs am Bezug von dumpingpreis-gestütztem chinesischen Stahl für den Bau seiner Hotels hindere. Mit einem Anstrich von Verwunderung über ihre ‚Naivität‘ machte er ganz ohne jegliche Verunsicherung

Trump: „Wir haben eine Bewegung geschaffen“ – durch Agitation an Stelle von Argumentation.

(…) Unsere Jobs flüchten aus dem Land. Sie gehen nach Mexiko. Sie gehen in viele andere Länder. (…) Wir verlieren also unsere guten Jobs, so viele davon. Auch Ford verlässt [das Land]. Sie [können] das sehen, ihre Produktionssparte für Kleinwagen verlässt [das Land]. Tausende von Jobs verlassen Michigan, verlassen Ohio. Sie alle verlassen uns. Und wir können das nicht mehr erlauben, dass das geschieht. (…) Sondern wir müssen das stoppen, dass unsere Jobs [aus unserm Land] weg geklaut werden. Wir müssen das stoppen, dass unsere Firmen die Vereinigten Staaten verlassen und, damit verknüpft, dass sie ihre Beschäftigten rausschmeißen. Alles was Sie machen müssen, ist einen Blick zu werfen auf Carrier Air Conditioning in Indianapolis. Sie haben (…) 1.400 Leute rausgeschmissen. Sie gehen nach Mexiko. So viele Hunderte und Hunderte von Unternehmen machen das. Wir können das nicht geschehen lassen.

Auf Basis meines Regierungsplans werde ich drastische Steuersenkungen durchführen, von 35 Prozent auf 15 Prozent für Unternehmen, [für] kleines und großes Business. Das wird so viele Jobs schaffen, wie wir es seit Ronald Reagan nicht mehr gesehen haben. Es wird eine wunderbare Sache sein, sich das anzuschauen. Unternehmen werden kommen. Sie werden bauen. Sie werden expandieren. Es werden neue Unternehmungen an den Start gehen. (…) Wir müssen unsere Handelsverträge neu verhandeln, und wir müssen diese Länder daran hindern, unsere Firmen und unsere Jobs zu klauen. (…) Es ist eine defekte Vereinbarung [mit diesen Ländern]. Es ist schon für eine lange Zeit eine defekte Vereinbarung gewesen, viele Jahre, aber die Politiker haben nichts dagegen unternommen.

[Außenministerin Clinton] hat das 30 Jahre lang mitgetragen. Und warum hat sie die [defekten] Handelsvereinbarungen nicht verbessert? Die NAFTA-Vereinbarung ist defekt. (…) Außenministerin Clinton und andere Politiker hätten sich schon vor Jahren darum kümmern müssen und nicht erst jetzt auf Grund der Tatsache, dass wir eine Bewegung geschaffen haben. Sie hätten das schon vor Jahren machen müssen.

Quelle: Full Transcript First 2016 presidential debate, by Politico Staff, 27.9.2016 – eigene Übersetzung

1 Leo Loewenthal u. Norbert Gutermann, Hrsgb. – Prophets of Deceit. A Study of the Techniques of the American Agitator, New York 1949. Mit einem Vorwort von Max Horkheimer u. Samuel Flowerman

geltend, dass er ‚Geschäftsmann' sei.

Dieses Beispiel soll hier verdeutlichen, dass Trump sich (hinsichtlich solcher Nutznießungsfakten) der Belastbarkeit seiner Anhängerschaft und seiner ‚Bewegung' außerordentlich gewiss ist. Es wird später noch einmal auf diesen Gesichtspunkt eingegangen werden. Das betrifft seine Absicht einer drastischen Steuersenkung für Unternehmen und großes bzw. kleines ‚Business'.

Was nunmehr den Versuch einer Rekonstruktion seines spezifischen Agitationstyps anbelangt, muss hier vor allem auf seine Feindbild-Generierung eingegangen werden. Trump lässt das Faktum der eigenen Initiative aufseiten jener US-Firmen, die ihre Produktion teilweise oder insgesamt in Billiglohnländer verlagern, lediglich anklingen. Diesen (!) ‚Täter' nimmt er in Wahrheit dadurch aus der ‚Schusslinie', dass er jene Billiglohnländer zu Hauptverantwortlichen für diese Auslagerung erklärt: ‚Diese Länder klauen unsere guten Jobs'.

Darauf aufbauend kann er seine Hetze gegen Immigranten aus diesen Ländern entfalten. Und in diesem Kontext gelingt es ihm, dem von ihm angekündigten Bau einer Mauer entlang der Grenze zu Mexiko den Charakter einer Schutzmaßnahme bzw. Abwehrmaßnahme zu verleihen. In dieses Bild sind die angekündigten Treibjagden auf Mexiko-stämmige Immigranten sowie ihre massenhaft beabsichtigte Deportation wie ‚selbstverständlich' integriert. Trump kann hier, was seine Anhängerschaft anbetrifft, mühelos anknüpfen an schon längst bestehende irrationale Vorstellungen und Ängste. Er versperrt damit ganz bewusst – und zwar durch ihre Verfestigung im Kontext seiner Agitation – den emanzipatorischen Weg heraus aus diesen Vorstellungen und Ängsten.

Prüft man das Versprechen seines Lösungsvorschlags, nicht nur Firmen und Arbeitsplätze im Land zu halten, sondern auch die Schaffung zusätzlicher neue Unternehmen und Arbeitsplätze anzustoßen, dann ergibt sich daraus für seine Anhängerschaft folgender Weg in eine weitere antiemanzipatorische Sackgasse:

Trump will den bestehenden niedrigsteuerlichen Stimulus für Re-Importe aus den Billiglohnländern aufheben und stattdessen dafür drastisch erhöhte Steuersätze in Ansatz bringen lassen. Weil diese Maßnahmen im Alltag einer auf knallharten Wettbewerb ausgerichteten Volkswirtschaft stattfinden sollen, würden sie unweigerlich zu Gestehungskosten führen, welche die betreffenden Unternehmen gerade vermeiden wollten – durch Auslagerung in Billiglohnländer. Trump kann den kontraproduktiven Effekt seiner Maßnahmen nur auffangen, indem er den Unternehmen drastisch abgesenkte Steuersätze beschert und gleichzeitig aus dem US-Inland selber einen Billiglohnstandort macht. Beides sind Effekte, die vor allem Seinesgleichen extrem bevorteilen werden.

Erhöht den Mindestlohn lautete die Parole einer Gewerkschaftsaktion im Juni 2015 in Minnesota. (Bild: Union Advocate)

Wenn man sich die Sachinhalte anschaut, die in Trumps Agitation bestimmend sind bzw. welche die inhaltliche Ausrichtung in der Führung seiner Bewegung darstellen, dann wird Folgendes deutlich: Er konnte öffentliche thematische Felder, die längst sowohl vom Gewerkschaftsbund AFL/CIO wie auch von der Demokratischen Partei/DP ‚besetzt' waren, entern und auf seine Weise neu besetzen: nämlich antiemanzipatorisch. Das machte für die seinerzeitige Befassung der Kritischen Theorie mit den zeitgenössischen Varianten seiner Agitation den wichtigen Unterschied aus zur Agitation des Reformers oder des Revolutionärs. Trumps Agitation zielt letztlich auf eine Konservierung jener Verhältnisse ab, in denen seine Anhängerschaft lebt bzw. leben muss.

Legt man seine konkreten Anknüpfungspunkte zugrunde, die überwiegend im örtlichen bzw. regionalen Niedergang der Kohle- und Stahlindustrie der „rust belt" (Rostgürtel) genannten Bundesstaaten vorfindlich sind, dann müssten von ihm eigentlich Anstöße in Richtung einer erneuerten wirtschaftlichen Basis dieser Kommunen und Regionen ausgehen. Das beträfe vor allem gezielte Umschulungsmaßnahmen und die Bereitstellung neuer Arbeitsplätze, wie sie z.B. der Europäische Vertrag über Kohle und Stahl (1951) vorgesehen hatte.

Antwort auf industriellen Niedergang: Wiederbelebte ‚Community' / Nachbarschaftliches Zusammenwirken vermittels kooperativer Projekte

Am Beispiel von Rochester[2], einer Stadt mit rd. 200 000 Einwohner im Bundesstaat New York, kann hierzu Folgendes verdeutlicht werden: Ursprünglich haben dort drei industrielle Giganten rd. 62 000 Menschen beschäftigt – das entsprach 60 Prozent der örtlichen Arbeitskraft. Mit ihrem Niedergang kam es dazu, dass alle drei Unternehmen in 2012 gerade noch sechs Prozent der örtlichen Arbeitskraft beschäftigten. Im Zuge dieser Entwicklung gerieten 33 Prozent aller dortigen Haushalte unter das US-bundesstaatliche Armutsniveau.

Es gibt in den Vereinigten Staaten Umschulungsangebote bzw. Umschulungsmaßnahmen für Arbeitslose, die in ihrer vormaligen Tätigkeit keine Weiter- oder Wiederbeschäftigung gefunden haben – oftmals, weil diese generell in Wegfall gekommen sind. Über die Effektivität dieser Einarbeitung in neue Tätigkeitsprofile gibt es gemischte Befunde[3]. Sie lassen deutlich werden, dass Wiederbeschäftigung in größerem Umfang eher über die Beschreitung zusätzlicher, neuer Wege erlangt werden muss. Hier kommt z.B. den kooperativen Projekten eine zunehmend positive Rolle zu.

Wie die Bürgermeisterin von Rochester, Lovely Warren, erklärt, sei man daran interessiert gewesen, die Fähigkeit des nachbarschaftlichen Zusammenwirkens bei der Verwirklichung von Projekten, die sich in kooperativem Eigentum („Co-ops") befinden, unter Beweis zu stellen. Es sollte verdeutlicht werden, dass erwerbsfähige Menschen dazu in der Lage sind, „Co-ops in einer sich ändernden Nachbarschaft aufzubauen, in der die Akteure tatsächlich (direkt) zur Arbeit hingehen und wieder zurückkommen können, wo sie etwas für ihren Wohlstand tun können und (gleichzeitig) das Geld in ihrer Nachbarschaft halten können" [4].

Der Plan sei durch die ‚Clevelands Evergreen Cooperatives' inspiriert und ihnen direkt nachgebildet worden. Die in Cleveland ansässige Initiative ‚kooperative

2 Rochester Mayor: Investing in Co-ops Builds „Stairway Out of Poverty" – Bericht in: Next City. Inspiring Better Cities; 12.04.2016

3 Retraining Displaced U.S. Workers – in: Liber 8, Economic Information Newsletter / Federal Reserve Bank of St. Louis; September 2009

4 siehe Quelle Nr. 2 – eigene Übersetzung

Ein Aktivist der Working Familiy Party bei der Stimmenwerbung in Ferguson, Missouri. (Bildquelle: Working Families Party, The Atlantic)

Demokratie' (welche die Machbarkeitsstudie fertigte und das Evergreen Modell kreiert hat) werde – so der Bericht – die Betreuung leisten und die Implementierung für Rochester koordinieren. Bürgermeisterin Warren sagt:

„Es ist Teil davon, den amerikanischen Traum zu leben, dass Du in der Lage bist, Dich um die eigene Familie bekümmern zu können, dass Du in der Lage bist, ein Haus zu kaufen, [und] dass Du fähig bist, den Lebensstandard Deiner Familie anzuheben. Der Grund dafür, dass Du jeden Tag zur Arbeit gehst, ist [Dein Wunsch], genügend Geld bereit stellen zu können, um diese Zwecksetzungen für Dich selbst und für kommende Generationen sicher zu stellen. Würden wir nicht in der Lage sein, solche Ziele zu verfolgen oder solchen Werten Rechnung zu tragen, würden wir Schaden erleiden als Stadt und als Community."

Deportation: Gegen Trumps Angriff auf die Schutzpolitik der Städte, Kreise und Gemeinden / Vernetzte Stärkung der eigenen Widerstandskraft und des nachbarschaftlichen Zusammenhalts

In einem aktuellen Bericht [5] des regionalen Radio-/TV-Senders KQED News (San Francisco) wird der Fragestellung nachgegangen: Was sind Schutzzonen-Städte und wie festigen sie ihren Widerstand gegen Trumps angekündigte Immigranten-Razzien? Die Autoren befassen sich zunächst mit den hierzu bekannt gemachten Maßnahmen und ihren Begründungen: Trump habe in diesem Sommer einen Zehn-Punkte-Plan zum Thema Immigration vorgelegt. Darin habe er angekündigt, für die Durchführung der beabsichtigten Deportationen eine Task Force zu schaffen, die ‚null Toleranz gegenüber kriminellen Ausländern' haben wird.

Außerdem verspreche er darin, das Ende der städtischen Schutzzonenpolitik – etwa durch Streichung bundesstaatlicher Zuwendungen – herbei zu führen. Trump habe hierbei auf die große Anzahl von Städten und Landkreisen in den gesamten Vereinigten Staaten Bezug genommen, die ihre Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden eingeschränkt haben für den Fall, dass sie aufgefordert werden, Immigranten ohne Personalpapiere zu inhaftieren. Er habe angekündigt, dass er im Falle seiner Wahl zum Präsidenten die bundesstaatlichen Zuwendungen für diese Städte und Landkreise einstellen werde, falls sie ihrer Pflicht nicht genügen.

Seit Trumps Wahlsieg in der letzten Woche hätten Bürgermeister und Polizeichefs in mehr als zehn großen Städten, darunter San Francisco, Oakland, Los Angeles, New York, Chicago und Washington D.C., ihre Selbstverpflichtung zur Aufrechterhaltung der Schutzzonenpolitik bekräftigt, auch im Angesicht der bundesstaatlichen Drohungen. Der aktuelle Bericht von KQED News teilt hierzu mit, dass sich gegenwärtig geschätzte elf bis zwölf Millionen Immigranten ohne Personalpapiere in den USA aufhalten.

In dieser Auseinandersetzung zwischen der Bundesebene und der lokalen bzw. regionalen Ebene sind zwei Felder von besonderem Interesse: Das erste Feld betrifft den besonderen Schutz der örtlichen bzw. regionalen Polizeiverantwortlichen vor konkreten bundesstaatlichen Gewaltmaßnahmen, etwa abgestützt auf die neu gebildete ‚Task Force'. Tatsächlich finden sich im US-Internet bereits einige Berichte, welche den Eindruck vermitteln, dass sich die angesprochenen Polizeiverantwortlichen einerseits einem eher persönlichen Wagnis ausgesetzt sehen. Zum andern wird jedoch von diesen Verantwortlichen auch deutlich gemacht, dass das Herausgreifen plus Preisgeben jener Immigranten zwangsläufig dazu führen wird, „dass hier alles zusammenbricht". Daraus wird deutlich, dass die Immigranten als unverzichtbarer bzw. selbstverständlicher Faktor im Alltag der jeweiligen Gemeinde begriffen werden. San Francisco trägt dieser zwiespältigen Situation seiner Polizei durch Dienstanweisungen Rechnung, die jegliche Zusammenarbeit mit der zuständigen Bundesbehörde Immigration and Customs Enforcement (ICE) ausdrücklich untersagen.

Das zweite Feld betrifft die Frage, ob die konfliktwillige Ebene der Städte und Landkreise jenseits ihrer Solidarität mit den betroffenen Immigranten mehr aufbieten kann, nämlich reale Machtfaktoren. Das beträfe vor allem ihr wirtschaftliches Gewicht, etwa als vernetzter Zusammenschluss, der u.a. auch die metropolitanen Regionen umgreift. In einem aktuellen Beitrag[6], der sich mit den Erwartungen dieser Ebene der Städte und Landkreise gegenüber der Trump-Administration befasst, werden unter anderem folgende Punkte angesprochen:

Im vergangenen Jahrzehnt hätten sich die Städte und die metropolitanen Regionen als volkswirtschaftlichen Motoren und als Zentren der technologischen Innovation sowie des globalen Handels und Investments etabliert. Demgegenüber würden Trumps bislang verkündete Vorhaben tiefste Besorgnis auslösen. Das beabsichtigte Außerkraftsetzen des Affordable Care Act (Obamacare) würde Millionen von Amerikanern ohne öffentliche Gesundheitspflege hinterlassen. Des Weiteren würde es die Verantwortung für die Notfallversorgung zurück übertragen auf die lokalen Entscheidungsträger. Außerdem würde es höchstwahrscheinlich die lokalen Budgets überfordern, die schon jetzt unter enormem Stress stehen. Die beabsichtigten Veränderungen in der Immigrantenpolitik könnten die Gemeinden spalten und den örtlichen Unternehmungen dringend benötigte Arbeitskräfte entziehen. Und was Trumps bislang bekannt gegebene Infrastrukturagenda anbeträfe, so beinhalte sie immer noch eine Konzentration der bundesstaatlichen Zuwendungen auf den Neubau und Ausbau von Autobahnen anstatt auf Massentransport-Projekte.

Hunno Hochberger, Bohmte

5 What Are Sanctuary Cities and How Are They Bracing for Trump's Proposed Immigration Crackdown? – Bericht in: KQED News – Public Media for Northern California, San Francisco; 17.11.2016

6 Why Cities Must Lead in Trump's America – Bericht in: Next City. Inspiring Better Cities; 22.11.2016

Österreich: Do&Co feuert 122 fliegende Köche aus der Türkei

„Wir protestieren auf Schärfste gegen die Kündigung von 122 fliegenden Köchen in der Türkei. Die Kolleginnen und Kollegen waren Beschäftigte des Cateringunternehmens Do&Co. Die Konzernspitze gibt an, dass ihr Rauswurf im Zuge notwendiger Restrukturierungsmaßnahmen erfolgt ist. Da sie postwendend durch neues Personal ersetzt wurden, ist ihre Kündigung wohl nur eine fadenscheinige Ausrede, um sie möglichst schnell loszuwerden. Und zwar offenbar nur, weil sie gewerkschaftlich tätig waren", zeigen sich Johannes Schwarcz, Vorsitzender des Fachbereichs Luftfahrt, und Berend Tusch, Vorsitzender des Fachbereichs Tourismus in der Gewerkschaft vida, empört. Funktionäre der türkischen Gewerkschaft DISK berichten, dass die Köche nach Protesten gegen immer schlechter werdende Arbeitsbedingungen gekündigt wurden. „Die Firmenzentrale von Do&Co ist in Wien, es kann nicht sein, dass ein international agierender österreichischer Konzern die Rechte von Beschäftigten mit Füßen tritt.", so Schwarcz. Die türkischen Kolleginnen und Kollegen berichten, dass sie vor ihrem Rauswurf gegen Mobbing und Repressalien aktiv geworden sind. „Wir fordern Do&Co auf, die Kündigungen unverzüglich zurückzunehmen und die betroffenen Beschäftigten wiedereinzustellen!", schließt Berend Tusch.

www.oegb.at, 30.11.2016

Belgien: Warnung an XPO wegen gewerkschaftsfeindlicher Politik

XPO Logistics Inc. ist ein US-Unternehmen und einer der weltweit zehn größten Anbieter von Transport- und Logistikdienstleistungen. Gewerkschaften, die Beschäftigte der XPO-Unternehmen in aller Welt vertreten, haben den Arbeitgeber aufgefordert, seine gewerkschaftsfeindliche Politik aufzugeben und den Beschäftigten ein faires Angebot zu unterbreiten. Der Ruf kam von den Delegierten auf der Sitzung eines weltweiten Gewerkschaftsnetzes, das im Rahmen der Sektionskonferenzen Eisenbahn und Straßentransport der ITF in Brüssel (Belgien) tagte. Das Netzwerk verurteilte zudem mit Nachdruck die Pläne des CEOs, sich selbst eine Aktienprämie von bis zu 110 Mio. US-Dollar zu gewähren. James Hoffa, Präsident der International Brotherhood of Teamsters, erklärte vor den Sitzungsteilnehmer/innen: „Wir verurteilen die enormen Aktienprämien für CEO Bradley Jacobs und andere führende Köpfe bei XPO, die auf Kosten der Beschäftigten in den USA und Europa gehen." „XPO muss in die Beschäftigten investieren, die dem Unternehmen Erfolg garantieren, und nicht nur dem gierigen CEO Geschenke machen."

www.itfglobal.org, 7.12.2016

Globaler Aktionstag der Lafarge-Holcim Arbeitnehmer

Kurz vor dem alljährlich am 10. Dezember stattfindenden Internationalen Tag der Menschenrechte führen die Beschäftigten von LafargeHolcim einen globalen Aktionstag durch, um auf die zahlreichen Verletzungen der Arbeitnehmerrechte durch den weltweit größten Zementhersteller aufmerksam zu machen. Arbeitnehmer in Europa, Afrika, Asien sowie Nord- und Südamerika werden an den Aktionen teilnehmen und LafargeHolcim zur Einhaltung der Arbeitnehmerrechte auffordern. Die Gewerkschaften fordern von LafargeHolcim die Verringerung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, eine bessere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften im Hinblick auf Gesundheits- und Sicherheitsbelange, Restrukturierungsmaßnahmen und die Aufnahme zielführender Verhandlungen über das künftige Verhältnis zwischen den Sozialpartnern sowie den sozialen Dialog. „Seit der Fusion von Lafarge und Holcim im vergangenen Jahr haben sich im Unternehmen zahlreiche tödliche Arbeitsunfälle ereignet und die prekäre Beschäftigung hat zugenommen. Zudem wurden rücksichtslose Restrukturierungsmaßnahmen durchgeführt und die Geschäftsleitung hat ihre Versprechen zum Abschluss eines globalen Abkommens für eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften nicht eingehalten. Weltweit stehen die Arbeitnehmer von LafargeHolcim nun solidarisch zusammen und fordern Veränderungen", betont Valter Sanches, Generalsekretär von IndustriALL Global Union.

www.bwint.org, 8.12.2016

Schweiz: Vertragsloser Zustand im Ausbaugewerbe verhindert

Dank der Mobilisierung der Angestellten im Westschweizer Ausbaugewerbe konnte eine Einigung erzielt und für 2017 ein vertragsloser Zustand verhindert werden. Die Arbeitgeber haben die Kündigung des Gesamtarbeitsvertrags (GAV) zurückgezogen und sind auf die Forderungen der Gewerkschaften nach materiellen Verbesserungen und der Fortsetzung der im September unterbrochenen Verhandlungen eingegangen. Die Gespräche werden im nächsten Jahr fortgesetzt. Vorausgegangen war eine Welle von Protesten gegen die Kündigung des GAV. Damit weiterverhandelt werden kann, haben die Arbeitgeber einer Erhöhung der Verpflegungsentschädigung von 17 (15,83 Euro) auf 18 (16,75 Euro) Franken pro Tag und einer Erhöhung der Mindestlöhne um 30 Rappen pro Stunde zugestimmt. Außerdem verzichten sie darauf, den freien Samstag in Frage zu stellen. Die Delegierten zeigten sich bereit, diese Vorschläge zu akzeptieren.

syna.ch, 7.12.2016

Aktionswoche der Hotelangestellten

Hotelangestellte und ihre Gewerkschaften in 34 Ländern und mehr als 50 Städten führten während der 3. IUL-Weltaktionswoche vom 31. Oktober bis 6. November eine Vielfalt von Aktionen durch, um auf ihren Kampf für Rechte, Anerkennung und bessere Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen. Im Mittelpunkt vieler dieser Aktionen stand in diesem Jahr die zentrale Bedeutung der Verhinderung von sexueller Belästigung bei der Arbeit, eine Bedrohung, der Hotelangestellte ständig ausgesetzt sind. Die vielfältigen Aktionen umfassten Workshops und Seminare mit Experten und Sensibilisierungstreffen mit Beschäftigten, Managern und der Öffentlichkeit, einschließlich der Verteilung von Flugblättern auf Flughäfen. Die Gewerkschaften forderten auch spezifische Formulierungen in Kollektivvereinbarungen zum Schutz der Beschäftigten vor sexueller Belästigung.

www.iuf.org, 23.11.2016

Frankreich: Airbus plant Abbau von 1600 Stellen

Nach Einschätzung der Gewerkschaft Force Ouvrière könnten die Umstrukturierungspläne des Flugzeugherstellers Airbus zu einem Stellenabbau von mindestens tausend Stellen führen, die sich auf technische Forschung, IT, Strategie und juristische Dienstleistungen verteilen. Die Airbus-Gruppe kündigte an, damit die Bürokratie zu reduzieren und ihre Marke zu vereinfachen. Ebenfalls kündigte die Airbus-Hubschrauber-Gruppe im vergangenen Monat an, dass sie über Aufhebungsverträge 582 Stellen zwischen 2017 und 2018 aufgrund der Schwächung des Marktes in Frankreich streichen will.

www.reuters.com, 23.11.2016

Spanien: Gewerkschaftsverbände planen Großdemonstrationen

Die wichtigsten Gewerkschaftsverbände CCOO und UGT haben für den 15. Dezember eine landesweite Mobilisierung und eine große Gewerkschaftsdemonst-

ration am 18. Dezember in Madrid angekündigt. Sie zielen darauf ab, den Prozess des sozialen Dialogs zur Bewältigung der Probleme der Arbeitslosigkeit, der Armut und der Renten zu fördern. Für die Gewerkschaften ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Regierung und die Arbeitgeberverbände einer Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes für das kommende Jahr und der Verabschiedung eines Mindesteinkommens zustimmen.

economia.elpais.com, 25.11.2016

Ungarn: Arbeitskampf von Mercedes-Beschäftigten

Die Mitarbeiter des Mercedes-Benz-Werks der Daimler AG in Kecskemet, Ungarn, führten einen zweistündigen Streik mit der Forderung nach höheren Löhnen durch. Die Aktion wurde von der Gewerkschaft Vasas unterstützt. Die Gewerkschaft formulierte eine Forderung nach einer 15%igen Lohnerhöhung. Nach einer Aussage der Fabrik hat das Management bereits mit der Freien Gewerkschaft der Techniker (MTSZSZ) vereinbart, die Lohnerhöhungen in mehr als zwei Jahren schrittweise vorzunehmen. Vasas hat sich geweigert, dieses Abkommen zu unterzeichnen.

www.budapestbeacon.com, 24.11.2016

Türkei: Neue Dekrete und Angriff aufs Streikrecht

Am 22. November sind in der Türkei zwei neue Notstandsdekrete mit Gesetzeskraft verabschiedet worden. Eines verfügt die Schließung von 375 Vereinen, neun Zeitungen und die Entlassung von – weiteren – fast 16 000 Angestellten aus verschiedenen Bereichen im öffentlichen Dienst. Das zweite Dekret fasst Neuregelungen in verschiedenen Bereichen zusammen, worunter auch die Neuregelung des Streikrechts fällt. Wobei Streikrecht vielleicht nicht mehr der richtige Begriff ist: Für den Fall, dass Streiks den öffentlichen Verkehr oder die Wirtschaft beeinträchtigen sollten, können sie mit der Neuregelung für 60 Tage ausgesetzt werden, um einen Kompromiss zu suchen. Sollte ein solcher nicht gefunden werden, entscheidet eine Oberste Schiedskommission über den Ausgang des Konflikts. Die Neuregelung wird „Verzögerung" von Streiks genannt, kommt de facto aber einem Verbot gleich.

LabourNet Türkei / sendika.org, 22.11.2016

Kasachstan: Gegen Auflösung der Gewerkschaften

In den letzten Jahren hat die Regierung Kasachstans die Gewerkschaftsrechte und Freiheiten eingeschränkt. Diese Politik hat nun mit der Absicht der Regierung, die Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften der Republik Kasachstan (KNPRK) aufzulösen, ihren Höhepunkt erreicht. KNPRK und ihre Mitgliedsorganisationen kämpfen dagegen und appellieren an die internationale Arbeiterbewegung, ihre Solidarität gegen die Regierungspläne zum Ausdruck zu bringen.

Labourstart.org, 7.12.2016

Iran: Freiheit für Gewerkschaftsvorsitzenden!

Der Gewerkschaftsvorsitzende der Lehrer-Gewerkschaft aus Teheran, Esmail Abdi, wurde zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, darunter eine Strafe für „Zusammenschluss und Kollaboration gegen die nationale Sicherheit". Diese Vorwürfe sind ungerecht und verletzen verschiedene Menschenrechtsübereinkommen, einschließlich derjenigen, die die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit schützen, sowie das Recht der Gewerkschaften, in der Bildungspolitik konsultiert zu werden.

www.ei-ie.org (weltweite Lehrerorganisation), 23.11.2016

Paraguay: Streik der E-Werker gegen Privatisierung

Vom 28. bis 30. November haben die Beschäftigten des staatlichen paraguayischen Elektrizitätswerkes ANDE mit 99 Prozent Zustimmung einen dreitägigen Streik beschlossen. Einerseits wird eine Lohnerhöhung gefordert, andrerseits protestieren die Beschäftigten gegen die staatliche Politik, das E-Werk so weit abzuwirtschaften, dass seine Privatisierung Zustimmung finden kann (was bisher nicht der Fall war). Weder werden Abgänge – etwa im Rentenfall – ersetzt, also eine andauernde Unterbesetzung geschaffen, noch werden irgendwelche Investitionen in die Struktur des Unternehmens getätigt. Der Streikbeschluss findet massive Unterstützung – nach dem letztjährigen Generalstreik und den diesjährigen Jugendprotesten hat sich im Lande der „Wind gedreht".

www.ultimahora.com, 30.11.2016

Chile: Landesweite Proteste gegen Rentensystem

In Chile haben im November 75 000 Menschen gegen das private Rentensystem AFP (Administradoras de Fondos de Pensiones) protestiert. Das Bündnis NO+AFP bringt bereits seit Monaten zehntausende Menschen auf die Straße. Dabei werden die Proteste nicht nur von verschiedenen sozialen Bewegungen getragen, sondern auch von Gewerkschaften. So hat die Gewerkschaft der Finanzangestellten (ANEF) ihren Streik für eine Lohnerhöhung um 3,4 Prozent am Tag der großen Demonstrationen beginnen lassen. Die Regierung von Präsidentin Michelle Bachelet reagierte indes mit Hinhalten. Weder das Versprechen einer kritischen Analyse des Rentensystems, noch die Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst können bisher Ergebnisse vorweisen. Chiles Rentensystem gilt als neoliberales Vorzeigeprojekt und stammt noch aus der Militärdiktatur unter Augusto Pinochet. Es zwingt alle chilenischen Bürger, in private Rentenfonds einzuzahlen, die oft in der Hand transnationaler Unternehmen sind. Bereits voriges Jahr wurde in einer von der Regierung beauftragten Studie festgestellt, dass das AFP nicht zukunftsfähig ist und viele Menschen in eine Rente unter dem Mindestlohnniveau entlässt.

amerika21.de, 11-2016

Australien: Erfolgreicher Streik der Bierbrauer und Handwerker

Im Juli 2016 hat die Carlton United Breweries, Hersteller von Australiens beliebtesten Bieren, die Beschäftigungsbedingungen von 55 Gewerkschaftern der Maschinenwartung in seiner Melbourne-Brauerei vor der bevorstehenden Übernahme von Carlton United Muttergesellschaft SABMiller an AB InBev angegriffen. Den Arbeitnehmern, Mitglieder der IUF-angeschlossenen AMWU und der Elektrohandwerksgewerkschaft ETU wurde mitgeteilt, dass ihre Arbeitsplätze an einen neuen Auftragnehmer ausgelagert würden, sie könnten aber als Arbeitnehmer des Unterauftragnehmers zurückkehren – mit einer Lohnkürzung von 65%! Nach sechs Monaten hartem Streik, mit starker nationaler und internationaler Unterstützung, mit dem Versuch der Gewerkschaftszerschlagung durch das Management der australischen Brauerei Carlton United Breweries, jetzt im Besitz von Brauerei-Riese AB InBev, haben die Arbeitnehmer gesiegt. Die Gewerkschaften und das Management haben nun eine Vereinbarung geschlossen: alle Arbeitnehmer, die an ihre Arbeit zurückkehren wollen, können zu ihren alten Bedingungen und Vergütung arbeiten; ein neuer Auftragnehmer muss die bestehenden Bedingungen erfüllen und es darf keine unfreiwilligen Entlassungen geben. Die AMWU beschreibt die Einigung als einen „enormen Gewinn".

www.ifu.org, 7.12.2016

Zusammenstellung:
Edith Bergmann, Hannover

G20-Präsidentschaft: Bundesregierung muss gerechte Gestaltung der Globalisierung in den Fokus stellen

Berlin. Anlässlich der im Dezember beginnenden deutschen G20-Präsidentschaft fordern das Forum Umwelt und Entwicklung und VENRO die Bundesregierung auf, thematische Schwerpunkte so zu setzen, dass sie einen nachhaltigen Entwicklungskurs fördern und die Ziele der Agenda 2030 voranbringen.

In zwei Tagen übernimmt Deutschland den Vorsitz der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20). Der Zeitpunkt könnte brisanter kaum sein. Immer mehr Menschen fühlten sich als Verlierer der Art wirtschaftlicher Globalisierung, wie sie bisher auch von der G20 vorangetrieben wurde.

Für die Zeit der deutschen Präsidentschaft erwarten VENRO und das Forum Umwelt und Entwicklung daher, dass die Bundesregierung ambitionierte thematische Schwerpunkte setzt, die die Rolle und Verantwortung der G20 für eine global nachhaltige und gerechte Entwicklung betonen. **venro.org/presse/**

Die Zusammenarbeit für die globale Gesundheit und HIV-Bewältigung stärken

Berlin. Der Präsident der UN-Vollversammlung hat recht: Die Überwindung der Aids-Epidemie stellt eine der größten Errungenschaften dar, die wir zu unseren Lebzeiten erreichen können. Die jetzt veröffentlichten Daten und Studien zeigen jedoch, dass wir von einer Bezwingung der Epidemie noch weit entfernt sind. Die nächsten Jahre werden entscheidend sein. Nur wenn die Weltgemeinschaft jetzt ihre Anstrengungen verstärkt, kann es gelingen, diese Bedrohung für die menschliche Entwicklung zu überwinden. Andernfalls wird es viel schwieriger werden, dieses große Ziel zu erreichen. Dazu muss auch Deutschland einen fairen und solidarischen Beitrag leisten. Anlässlich des Welt-Aids-Tages fordern wir daher die Bundesregierung dazu auf, die wirtschaftlich benachteiligten Länder endlich angemessen zu unterstützen, um Aids zu beenden und die allgemeine Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. **www.aids-kampagne.de/aktuelles**

Rente: Paritätischer kritisiert Rentenpläne der großen Koalition

Berlin. Als „halbherzig und inkonsequent“ bewertet der Paritätische Wohlfahrtsverband die aktuellen Koalitionsbeschlüsse zur Rentenpolitik. Die vereinbarten Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten würden lediglich für Neurentner gelten, kritisiert der Verband, an den ungerechten Abschlägen halte die Regierung weiterhin fest. Auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut sowie eine Reform der Altersrenten habe die Koalition gleich ganz verzichtet. Insbesondere mit der geplanten Stärkung der privaten Altersvorsorge sei die große Koalition rentenpolitisch auf einem Irrweg. „Die große Koalition bleibt bei ihrem Irrweg, die Privatisierung der Altersvorsorge voranzutreiben ... Riester ist gefloppt, das gleiche gilt für die staatliche Förderung in der betrieblichen Altersvorsorge. Geringverdiener werden kaum erreicht, gleichwohl kosten sie den Steuerzahler jährlich mehrere Milliarden Euro“, kritisiert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Bei den Koalitionsbeschlüssen fehle ein „klares Bekenntnis“ zur gesetzlichen Rentenversicherung.

Das von Bundesarbeitsministerin Nahles heute vorgestellte Konzept zur Alterssicherung mit weiteren Vorschlägen enthalte zwar deutliche Verbesserungen gegenüber dem Koalitionsvertrag und den bisherigen Beschlüssen, sei aber dennoch halbherzig. Es sei zwar zu begrüßen, wenn Menschen, die lange Zeit in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben, im Alter vor dem Gang zum Sozialamt geschützt werden. Besonders von Altersarmut bedrohte Gruppen wie Langzeitarbeitslose oder Selbständige profitierten jedoch von der Solidarrente kaum, warnt der Verband. Auch die diskutierte Haltelinie für das Rentenniveau sei zu niedrig. Der Paritätische fordert die Abschaffung der staatlichen Förderung privater Altersvorsorge und stattdessen eine Heraufsetzung des Rentenniveaus auf wieder 53 Prozent sowie eine durchgreifende Reform der Altersgrundsicherung, um Altersarmut wirksam zu bekämpften. Die ungerechten Abschläge in der Erwerbsminderungsrente müssten zudem endlich abgeschafft werden. **www.der-paritaetische.de/startseite/**

Jedes Kind ist gleich viel wert

Köln/Berlin. „Keine Ausreden mehr! Armut von Kindern und Jugendlichen endlich bekämpfen! #stopkinderarmut.“ Mit dieser gemeinsamen Online-Kampagne machen Wohlfahrts- und Sozialverbände um die Nationale Armutskonferenz (nak) gemeinsam mit Familien- und Kinderrechtsorganisationen ab morgen (6. Dezember) auf das drängende Problem der Kinderarmut in Deutschland aufmerksam.

„Wir fordern die Akzeptanz und Gewährleistung eines sachgerechten Existenzminimums für alle Kinder. Ein Aufwachsen in Wohlergehen darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen“, so Dr. Frank Johannes Hensel, Sprecher der Nationalen Armutskonferenz.

Im Einzelnen stellt die Petition fest:

- Die Hartz-IV-Sätze für Kinder sind zu gering. Sie basieren auf ungenauen Rechnungen und willkürlichen Abschlägen.
- Arme Familien müssen mindestens in gleicher Weise gefördert werden wie Familien mit höheren Einkommen entlastet.
- Staatliche Unterstützung muss einfach gestaltet und leicht zugänglich sein. Derzeit gehen viele Hilfen an den Familien und Kindern, die diese brauchen, vorbei.

Vielfältige Aktionen werden die Online-Petition im Wahljahr begleiten: „Wir werden aufmerksam verfolgen, welchen Stellenwert die Beseitigung von Kinderarmut in den Wahlprogrammen, einer Koalitionsvereinbarung und in Gesetzgebungsvorhaben erhält und ob konkret benannt wird, bis wann und wie Kinderarmut in Deutschland überwunden sein soll“, so Hensel. **nationalearmutskonferenz.de**

Zivilgesellschaft im Bündnis für nachhaltige Textilien – Erklärung

Bielefeld. Der Steuerungskreis hat Ende Oktober nach langen, nicht immer leichten Verhandlungen den Startschuss für die nächste Phase des Textilbündnisses gegeben. Die Zivilgesellschaft im Textilbündnis begrüßt diese Einigung und sieht dies als wichtigen ersten Schritt hin zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Wertschöpfungskette. Alle Mitglieder müssen nun bis Ende Januar 2017 eigene Umsetzungsziele, sogenannte Roadmaps, erstellen. Die Roadmaps werden die Bereiche benennen, in denen die Mitglieder ihre Lieferanten schritt-

weise auf bessere Arbeitsbedingungen verpflichten. Die Roadmaps sind also zentrale Leitfäden, an denen abgelesen werden kann, was und wieviel die Mitglieder, insbesondere Unternehmen, aber auch die öffentliche Hand bei der Beschaffung von Textilien, im Textilbündnis in der kommenden Zeit zu leisten bereit sind. Aus Sicht der Zivilgesellschaft im Textilbündnis sind für wirkungsorientierte und anspruchsvolle Roadmaps die nachfolgenden Aspekte zentral:

1. Eine anspruchsvolle Roadmap muss ein Ziel zur Umsetzung von existenzsichernden Löhnen in der eigenen Wertschöpfungskette enthalten.
2. Die Ziele in diesen anspruchsvollen Roadmaps dürfen sich nicht auf die erste Lieferkettenstufe, die Konfektion, beschränken, sondern müssen auch Maßnahmen in der tieferen Wertschöpfungskette, wie zum Beispiel eine Steigerung in der Beschaffung nachhaltiger Naturfasern, enthalten.
3. Die Veröffentlichung der Roadmaps ist im ersten Jahr freiwillig. Die Zivilgesellschaft erwartet aber, dass ein großer Anteil der Mitglieder ihre Roadmaps bereits im ersten Jahr öffentlich zugänglich machen.
4. Transparenz ist auch über die Roadmaps hinaus ein entscheidendes Kriterium für den künftigen Erfolg des Textilbündnisses. **www.saubere-kleidung.de**

Deutlicher Anstieg homo- und transphober Straftaten

Berlin. Laut Aussage des Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern Dr. Ole Schröder wurden bis Ende September 2016 205 politisch motivierte Straftaten mit dem Unterthema sexuelle Orientierung gemeldet. 2015 waren es im vergleichbaren Zeitraum 171 entsprechende Straftaten. Zu diesem Anstieg erklärt Helmut Metzner, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD):

Eine freie Gesellschaft muss allen Menschen garantieren, jederzeit an jedem Ort ohne Angst und Anfeindung verschieden sein zu können. Jede homophobe Straftat ist eine Straftat zu viel. Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) fordert ein wirksames Bund-Länder-Programm gegen LSBTI-feindliche Gewalt inklusive umfassender Präventionsmaßnahmen. Ein Bund-Länder-Programm ist notwendig, um endlich ein realitätsgenaues polizeiliches Lagebild über das Ausmaß homo- und transphober Gewalt in Deutschland ermöglichen. Es soll zielgenaue Maßnahmen zur Prävention, Aus- und Fortbildung bei Polizei und Justiz umfassen. Homo- und Transphobie müssen auch in der Hasskriminalitätsgesetzgebung ausdrücklich benannt werden. Bislang wird dieses Motiv dort tabuisiert. Das behindert eine angemessene Sensibilisierung bei Polizei und Justiz. Die statistische Erfassung und das öffentliche Monitoring von Hasskriminalität gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche (LSBTI) Menschen muss endlich auf eine solide und diskriminierungsfreie Basis gestellt werden, da die bisherige Erfassung beim Kriminalpolizeilichen Meldedienst-Politisch Motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) ganz offensichtlich nur einen Bruchteil der einschlägigen Hasskriminalität berücksichtigt. Eine konsequente Bekämpfung von Gewalt darf sich zudem nicht in Strafverfolgung erschöpfen, sondern erfordert Präventionsmaßnahmen. Der von der Bundesregierung versprochene Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie muss endlich kommen. Das Bund-Länder-Programm mit einem konsequenten Vorgehen gegen homo- und transphobe Hassgewalt muss darin einen Schwerpunkt bilden. **www.lsvd.de**

OSZE: Statt Frieden und Sicherheit – Krieg und Destabilisierung in Kurdistan und anderswo

Hamburg. Das Leitmotiv, unter dem Deutschland den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) für das Jahr 2016 übernommen hatte, hieß: „Dialog erneuern, Vertrauen neu aufbauen, Sicherheit wieder herstellen." Der amtierende OSZE-Vorsitzende, Außenminister F.W. Steinmeier, hat gerade die Türkei besucht und dort lediglich Sorge über die Verhaftungen führender kurdischer Politiker_innen und Menschenrechtsverletzungen zum Ausdruck gebracht. Konkrete Schritte wurden und werden nicht unternommen. Den Krieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung, Kriegsverbrechen und das Ausmaß der Zerstörungen in vielen Städten machte er weder dort noch in der OSZE zum Thema. Ist er auf diese Weise der übernommenen Verantwortung gerecht geworden, sich für Frieden und Sicherheit einzusetzen? Deswegen demonstrieren wir gegen dieses Treffen von Außenminister_innen, die Kriegstreiber sind. Denn der Frieden, den sie meinen, ist nicht der Frieden, den wir wollen. Unter dem OSZE-Vorsitz Deutschlands ist die Welt nicht sicherer geworden, im Gegenteil, 5 der 7,3 Mrd. Menschen leben in Staaten, in denen es bewaffnete Konflikte gibt, Tendenz steigend. Zudem handelt die OSZE ihrem Ziel zuwider in vielen Konflikten nicht unparteiisch. In der Türkei wird sie überhaupt nicht tätig. In der Ukraine kritisieren Akteur_innen die einseitige Parteinahme von OSZE-Beobachter_innen für die Kiewer Regierung, an der auch Faschist_innen beteiligt sind. Zudem soll die Bereitschaft für polizeiliche und militärische Aufrüstung und Kriegsteilnahme auch hier in der Bevölkerung gesteigert werden. Das ist in der medialen Vorbereitung der Treffen der Staatsvertreter_innen von OSZE und G20 in Hamburg zu erkennen. Mit den Berichten über Spezialkräfte der Polizei, neue Panzerfahrzeuge, Sturmgewehre und neue Gefängnisse soll eine verunsichernde Atmosphäre der Angst erzeugt werden. Diese Angst soll die Menschen davon abhalten, sich gemeinsam für eine Welt ohne Zerstörung und Unterdrückung einzusetzen und dafür auch auf die Straße zu gehen.

https://www.g20hamburg.org/de

Anwaltlicher Notdienst zum OSZE-Gipfel in Hamburg eingerichtet

Hamburg. Mit großer Besorgnis verfolgen wir Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte des Anwaltlichen Notdienstes des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV) die Berichterstattung im Vorfeld des im Dezember stattfinden OSZE-Gipfels in Hamburg. Über 10 000 Polizeibeamte sollen für die Sicherheit der Teilnehmenden sorgen, es wird u.a. zu zahlreichen Absperrungen von Straßen in der Innenstadt sowie im Umfeld des Tagungsortes kommen. Weiterhin wird selbst der Gerichtsbetrieb im Straf- und Ziviljustizgebäude des Amtsgerichts Hamburg eingeschränkt werden. Polizeiliche Einsätze zur Sicherung von (Groß-)Ereignissen haben sich immer am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu orientieren, sie sind ihrem Charakter nach deeskalierend durchzuführen. Insbesondere haben sie sich an einer belastbaren und nachvollziehbaren polizeilichen Gefahrenprognose zu orientieren, um so viel Sicherheit wie nötig und so wenige Einschränkungen wie möglich zu erreichen. Da nun aber in den bisherigen öffentlichen Verlautbarungen von einer vergleichsweise entspannten Sicherheitslage für die OSZE-Tagung gesprochen wurde, bleiben die Verantwortlichen der Polizei und in der Politik jede Erklärung für die Dimensionen des anstehenden Polizeieinsatzes während des OSZE-Gipfels schuldig. Auch der Hinweis, (es) handele es sich um eine „Generalprobe" für den G20-Gipfel im Juli nächsten Jahres, halten wir für eine alarmierende, weil freiheitsgefährdende Begründung. **www.rote-hilfe.de**

Zusammengestellt von
Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen

Wege zum bezahlbaren Wohnen

Am Donnerstagabend, 24.11.2016, lud die Linke im Mannheimer Gemeinderat zu einer wohnungspolitischen Konferenz ins Bürgerhaus Neckarstadt-West ein. Unterschiedliche Referentinnen und Referenten sowie die beiden Linke-Stadträte erläuterten aktuelle Missstände auf dem Mannheimer Wohnungsmarkt und stellten Lösungsansätze vor.

Viele Probleme auf dem Mannheimer Wohnungsmarkt

Stadtrat Thomas Trüper zeigte zunächst, dass der Bestand an bezahlbaren und Sozialwohnungen in Mannheim stetig abnimmt. Die Fehleinschätzung vor einigen Jahren, Mannheim würde schrumpfen, hat zu einer geringen Bautätigkeit geführt. Das unerwartete Bevölkerungswachstum und auch teure Sanierungen führen zu knapper und teurer werdendem Wohnraum. Die derzeit realisierten Neubauten seien für weite Teile der Bevölkerung nicht erschwinglich. Dem schloss sich Gabriel Höfle vom Mieterverein Mannheim an, der die Problematik der energetischen Sanierung und des Mietspiegels darlegte. Aus Sicht des Mieterbundes sollen die Kosten für energetische Sanierungen nicht wie bisher vollständig auf die Mieter umgelegt, sondern zu je einem Drittel von Mieter, Eigentümer und Staat getragen werden. Gundula Hartje-Severa von Pro Familia Mannheim bekräftigte die Notwendigkeit, dass „gutes Wohnen kein Privileg für Reiche“ sein darf. Als Sozialberaterin erhalte sie tiefe Einblicke in die familiären Probleme in dieser Stadt – nahezu immer steht die Wohnungsfrage dabei im Mittelpunkt.

Neue Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau

Lösungen für diese Misere stellte Joachim Kadler, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Linksfraktion im Bundestag, vor. Die 1990 abgeschaffte Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau müsse in zeitgemäßer Form wiedereingeführt werden, um den Bedarf an 5,5 Millionen Sozialwohnungen sowie bezahlbaren Wohnungen generell zu decken. Die sogenannte neue Gemeinnützigkeit soll einen Gegenpol zur privaten renditeorientierten Wohnungswirtschaft bilden und der sozialen Spaltung innerhalb der Städte entgegenwirken, indem ein breiter Bevölkerungskreis mit gutem bezahlbarem Wohnraum versorgt wird. Es soll hierbei eine Mietpreisbindung geben, die sich nicht an einem Mietspiegel, sondern an der regionalen Preis- und Einkommensentwicklung orientiert. Die Einnahmen müssen vollständig in die (gemeinnützige) Wohnungswirtschaft reinvestiert werden. Von staatlicher Seite soll die neue Gemeinnützigkeit privilegiert werden, zum Beispiel in Form von Steuerbefreiungen oder erleichtertem Zugang zu Förderinstrumenten. Auch soll ein einfacherer Zugang zu Grundstücken ermöglicht werden. Finanziert werden könnte dieses Konzept aus bereits vorhandenen Haushaltsmitteln, die lediglich umstrukturiert werden müssten. Die Linke im Bundestag will dieses Konzept in den öffentlichen Diskurs einbringen.

Lösung für Bodenpreise als Kostentreiber

Der kurzfristig vor der Konferenz erkrankte Günter Bergmann, Mitglied beim Wohnprojekt umBAU Turley2, ließ ausrichten, dass neben dem Zugang zu Krediten die hohen Grundstückspreise die größte Hürde bei der Realisierung des Wohnbaus waren. Dieses Problem erkannten auch die Linke-Stadträte Gökay Akbulut und Thomas Trüper: Soziale und gemeinnützige Träger, aber auch die GBG haben Probleme mit den hohen Bodenpreisen im Stadtgebiet, insbesondere auf den Konversionsflächen. Ein umfangreicher Antrag der Linken an dem Gemeinderat sieht daher vor, dass die Stadt Baugrundstücke erwerben und sie der GBG und solchen Bauträgern überlässt, die bestimmte soziale Kriterien erfüllen, um preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Die Überlassung der Grundstücke soll über Erbbaurecht erfolgen, was zusätzlich eine deutliche Dämpfung der Kosten bewirken würde. Hierfür sollen jedoch nicht nur für Wohnbebauung geeignete Grundstücke auf den Konversionsflächen, sondern im gesamten Stadtgebiet herangezogen werden.

Die Linke verfolgt zur Lösung des Wohnungsproblems also einen Mehr-Ebenen-Ansatz: Der Bund muss eine neue Gemeinnützigkeit für den sozialen Wohnungsbau einführen und aktiv in den Wohnungsbau (wieder) einsteigen. Die Länder müssen finanziell besser ausgestattet werden, damit diese mehr Mittel für Wohnungsbau bereitstellen können. Die Kommunen, in diesem Fall die Stadt Mannheim, sollen auf das Modell der Erbbaupacht setzen, um eine flächendeckende Versorgung mit gutem und bezahlbarem Wohnraum zu ermöglichen.

Dennis Ulas

Einführung in die wohnungspolitische Konferenz:

Wie steht es auf dem Mannheimer Wohnungsmarkt um bezahlbare Wohnungen, und wie sind die Perspektiven?

Die Mannheimer Bevölkerung wächst. Dies ist eine „neue“ Erkenntnis der Statistiker, nachdem sie noch vor zwei Jahren ohne Wachstum rechneten. Grund hierfür sind hauptsächlich die Zuwanderer aus Südosteuropa, also nicht gerade finanzstarke Menschen. Gegenüber der alten Schätzung rechnet man jetzt für 2020 mit einer Zunahme von ca. 20 000 Einwohnerinnen, will heißen: Mindestens ca. 10 000 Wohnungen netto plus sind erforderlich

Über die preisliche Aufgliederung der ca. 160 000 Wohnungen in Mannheim, von denen 75% zur Miete sind, gibt es keine Statistik. Der Mietspiegel liefert nur ein Bild über die Preise der in den letzten vier Jahren geänderten oder neu abgeschlossenen Mietpreise auf Basis von Stichproben.

Verlässliche Zahlen gibt es nur zu den größeren Wohnungsbauträgern. Die Mehrzahl der Mietwohnungen in Mannheim sind jedoch im Eigentum von privaten Hausbesitzern, die vielleicht auch ein paar Häuser besitzen, aber nicht Hunderte von Wohnungen.

Dennoch sind die großen Wohnungsgesellschaften sehr prägend für das Mietpreisgefüge.

Große Vermietungsgesellschaften

Hier wäre als erstes natürlich die stadteigene GBG zu nennen mit 11% Anteil an allen Wohneinheiten (WE): 19.168 WE
Von den Wohnungsgenossenschaften ist die Gartenstadt-Genossenschaft Mannheim eG die größte mit 4.200 WE, gefolgt von der Familienheim Rhein-Neckar eG 2.900 WE
Baugenossenschaft Spar- und Bauverein 1895 Mannheim eG 1.521 WE

Unter den profitorientierten Gesellschaften ist die Vonovia SE vertreten mit 900 WE
Grand City Property (Neckarufer-BebauungNord) 798 WE.

Die GBG – eine marktprägende Größe

Uber das Preisniveau lassen sich folgende Aussagen zur GBG machen (die Gartenstadt liegt etwa gleichauf bzw. darunter):
Durchschnittsmiete: 6,04 Euro/qm
unterhalb dem bisherigen Mietspiegel-Mittelwert von 7,61 Euro: 16.600 WE,
davon noch öffentlich gefordert mit Mietpreisbindung 3.120 WE.

Im Wohnungsbestand der GBG mit Preisen bis hin zum Mietspiegel-Mittelwert gab es seit 2008 einen Schwund von 1000 WE einschließlich der geplanten und teilweise schon vollzogenen Wohnungsabrissen in Neckarstadt-Ost und auf der Schönau. Die geplanten Ersatzbauten für die aktuellen Abrisse liegen nicht unter 10,50 Euro/qm.

Zu erwähnen ist, dass die GBG einen lange andauernden Leerstand von ca. 1.500 WE hat. Dieser resultiert aus der jahrelangen Ausnutzung von Fluktuation, um ganze Wohngebiete sanieren (oder neu bauen) zu können, da Kündigungen aus diesem Grund nicht statthaft sind.

Zu erwähnen ist, dass die GBG lediglich über 1.130 barrierefreie/ -arme Wohnungen hat, davon nur 13 rollstuhlgerecht. Aus diesem Tatbestand ergibt sich die Notwendigkeit, neu zu bauen oder massiv zu sanieren, um den demografischen Anforderungen gerecht werden zu können.

Was tut sich beim Wohnungsneubau?

Außerhalb der Konversionsflächen sind Baugesuche und -Genehmigungen von 2015 bis 2020 registriert für 2.291 WE.

Diese beinhalten allerdings keine einzige „bezahlbare“ Wohnung. Neubauten ohne Zuschuss oder sonstige Hilfe sind eben mit im Durchschnitt 11 bis 12 Euro/qm auch für viele mittlere Einkommensbezieher_innen unerschwinglich, auf jeden Fall mehr als ein Drittel des Einkommens erfordernd.

Auf den Konversionsflächen ist Folgendes geplant:
Franklin 2.631 WE,
davon zur Miete bis 7,50 Euro 645 WE,
im Eigentum bis 2800 Euro/qm 404WE.
Turley: ca. 600 WE,
davon – wenn nicht noch ein Wunder geschieht – bezahlbar: 50 WE.

Hierbei handelt es sich um die Wohnungen der drei Mietshäuser-Syndikats-Wohngruppen, die allerdings die Grenze von7,50Euronichtganzeinhaltenkönnen, trotz Einbringung von „Muskel-Kapital“.

Hammonds: ca. 250 WE,
Spinelli: ca. 500 WE.

Wie viele davon „bezahlbar“ sein werden ist offen.

Das Land Baden-Württemberg zählt immer noch zu den wenigen Bundesländern, die für Neubauten keine Zuschüsse gewähren, sondern nur verbilligte Kredite, was seit der absoluten Niederzinsphase uninteressant und nicht hilfreich ist.

Wie sehr die Mietpreise auch in dem vergleichsweise zu anderen Metropolen immer noch etwas günstigeren Mannheim davonziehen, sieht man am Durchschnittspreis der über immowelt.de angebotenen Mietpriese. Sie liegen aktuell bei 9,81 Euro, also 2,20 Euro über dem Mietspiegel. Der neue Mietspiegel wird im Dezember veröffentlicht. Man darf gespannt sein. *Thomas Trüper*

Beide Beiträge aus dem Kommunal-Info Mannheim, s.a.http://kommunalinfo-mannheim.com

Obdachlose in Köln: Seit 15 Jahren Hilfe zum Überleben

Gulliver am Hauptbahnhof feierte 15-jähriges Bestehen. Das Angebot für Obdachlose nennt sich selbst „Überlebensstation“. Um das Überleben auf „Platte“ zu sichern, ist die Einrichtung von frühmorgens bis spätabends geöffnet. Damit war das Gulliver Vorreiter in Deutschland, denn in den Randzeiten, in denen solche Einrichtungen üblicherweise geschlossen sind, sind Obdachlose besonders auf Hilfe und Unterstützung angewiesen.

Das Gulliver bietet praktische Unterstützung wie Wasch- und (Tages-) Schlafmöglichkeiten, Mahlzeiten, Kleiderkammer und eine postalische Adresse. Neben dieser Grundversorgung finden Obdachlose dort aber auch Gruppenangebote, Kultur und wechselnde Kunstausstellungen, deren Künstler selbst aus dem Obdachlosenmilieu stammen.

Mit einer solchen Kunstausstellung von Olga Denysova (siehe Bild) wurde jetzt das 15-jährige Bestehen begangen, und Die Linke bzw. deren Fraktionsvorsitzender durfte dazu das Grußwort sprechen.

Auszüge aus der Rede von Jörg Detjen:

100 bis 200 Menschen und 100 bis 200 Schicksale sind seit 2011 Jahr für Jahr wohnungslos geworden. 25 Prozent aller Obdachlosen in NRW leben in Köln. Das sind alarmierende Zahlen!

Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ veröffentlichte im Juli dieses Jahres einen Artikel über „Verdeckte Obdachlosigkeit“ von Kindern und Jugendlichen: „Junge Wohnungslose, vor allem 18 bis 25 Jahre alt, die geduscht und gepflegt anzutreffen sind und Nacht für Nacht bei einem anderen Bekannten unterkommen.“ Die Kölner Streetworker nennen sie „Couch-Hopper“.

Es fehlen in Köln nicht nur 50 000 Wohnungen, was schlimm genug ist. Es fehlt ein soziales und politisches Verständnis dafür, wie sich große Metropolen entwickeln und verändern. Einer der bekanntesten Stadtforscher, Walter Siebel, hat in seinem neuen Buch „Die Kultur der Stadt“ geschrieben: „In den

Prozessen der Ausgrenzung spielt die Stadt eine wichtige Rolle. Sie fungiert als eigenständiger Faktor, der soziale Ungleichheit überformt, mildert oder zu Ausgrenzungsprozessen dynamisiert."

Exemplarisch können Sie das an der Diskussion über die Silvesternacht sehen. Schutzzonen sollen gebildet werden und zu Silvester sollen Zäune errichtet werden, um Menschen abzuweisen und auszugrenzen. Eine neue Kölner Stadtordnung soll Bettler und Künstler vertreiben.

Das sollten wir nicht zulassen! Ich reibe mir die Augen, wenn ich mitbekomme, dass die Polizei und das Domkapitel diese Vorschläge sehr kritisch sehen und sich links von der Stadtverwaltung positionieren.

Der Dombaumeister berichtete bei uns in der Fraktion, dass Bettler durch ihre Anwesenheit den Dom doch vor Übergriffen von Passanten schützen. Sie gehören zum Dom seit Jahrhunderten.

Statt Ausgrenzung brauchen wir Zuwendung und vor allem Wertschätzung. Gulliver ist Wertschätzung gegenüber den Menschen!

Das Projekt, dieser Raum, die Versorgungseinrichtung und diese Ausstellung haben sich bewährt und sind nicht weg zu denken.

Köln und das Rheinland sind eine Metropole. Hier kommen die Menschen hin. Hier wollen sie arbeiten, Geld verdienen und leben. Köln ist auch eine „Arrival City", eine Ankunftsstadt, wie Doug Saunders sein Buch betitelt hat.

Er schreibt: „Armut in der Stadt ist, den beengten Lebensverhältnissen und häufigen Demütigungen zum Trotz, immer eine Verbesserung gegenüber der Armut auf dem Land, und für einen Bewohner der Ankunftsstadt ist Armut eine vorübergehende Notwendigkeit, nichts anderes."

Diese Menschen müssen aber Chancen bekommen, ihre Situation selber verändern zu können. Wir brauchen durchlässige Strukturen und Gleichheit bei der Behandlung, beim Zugang zum Schulsystem, zu Wohnungen, zur Arbeit oder beim Gründen eines kleinen Betriebs. Stattdessen kaserniert der Staat Flüchtlinge und baut ein gigantisches bürokratisches Netz auf, das ausgrenzt und demotiviert.

Vielleicht sollten die staatlichen Stellen von Gulliver lernen: Gulliver gibt den Menschen Raum, die Möglichkeit sich auszuruhen, zu kommunizieren, sich neu zu besinnen und neu aufzustellen. Bei Gulliver gibt es Respekt und Wertschätzung für jeden gleich.

Die ganze Rede ist nachzulesen unter www.linksfraktion-koeln.de

Arm trotz Arbeit: Mindestlohn in Hamburg hat versagt! 2015 mussten durchschnittlich 34.500 Hamburger_innen ihr Erwerbseinkommen mit Hartz IV aufstocken. Das ergab eine Schriftliche Kleine Anfrage (Drs. 21/6861) der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. Dabei liegt der Anteil der Frauen, die mehr als 850 Euro verdienen und zugleich Arbeitslosengeld II beziehen, mit 55 Prozent höher als jener der Männer (44,5%). Bei den Alleinerziehenden liegt der Anteil der Aufstocker_innen bei durchschnittlich 23 Prozent. Die Statistik zeigt, dass besonders im Handel, der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen aufgestockt werden muss (monatlich rund 2.919 Beschäftigte), es folgt das Gastgewerbe (rund 2.989), sowie die Reinigungsdienste mit rund 2.800 Aufstocker_innen. Was die Berufsgruppen betrifft, so sind besonders Reinigungskräfte (19 Prozent) auf Sozialleistungen angewiesen, ihnen folgen Beschäftigte in der Lagerwirtschaft, der Post, Zustellung, Güterumschlag mit 9,3 Prozent, sowie im Verkauf mit ebenfalls rund 9 Prozent. Der Anteil der vollbeschäftigten Aufstocker_innen war mit über 15 Prozent (15,5%) in der Lagerwirtschaft am höchsten. Inge Hannemann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion, erklärt dazu: „Der Mindestlohn reicht für ein Leben ohne Sozialleistungen nicht aus. Die Zuzahlung von Hartz IV ist dabei nichts anderes als eine versteckte Lohnsubvention für Arbeitgeber. Dass jeder sechste in der Lagerwirtschaft trotz Vollzeit-Beschäftigung Sozialleistungen beziehen muss, zeigt, dass in diesem Sektor erbärmlich wenig gezahlt wird." Die Linke fordert einen landesweiten Mindestlohn von 13 Euro, um die teuren Mieten und den Lebensstandard, unabhängig vom Jobcenter finanzieren zu können.

www.die-linke-hamburg.de

Bürgerservice zu den Menschen bringen: Bottrop. Die Linke fordert dezentrale Angebote der Verwaltung vor Ort zu ermöglichen. So schlagen die Sozialisten die Schaffung eines mobilen Bürgerbüros vor, das Leistungen der Verwaltung in den Stadteilen anbietet. Dabei kommen städtische Beschäftigte in geeignete Räume in den Stadtteilen und ermöglichen mit mobiler Technik Verwaltungsdienstleistungen, etwa An- und Ummeldungen von Wohnanschriften oder Reisepass- und Personalanträge. Nach Erfahrungen anderer Kommunen, die solche Leistungen anbieten, hat die notwendige Ausstattung dafür jeweils in einem Koffer Platz. Erforderlich sind danach Notebook, Drucker, Scanner und Fingerabdruckprintgerät sowie EC-Kartenleser nebst notwendiger Software, die über Mobilfunk mit dem Computernetz der Stadt verbunden wird. Die Linke regt an zu prüfen, ob die Stadt ein geeignetes Fahrzeug als mobiles Bürgerbüro ausbauen lässt. Ferner verlangen die Sozialisten die Anschaffung einer mobilen Filiale der Sparkasse, einem entsprechend ausgebauten und gesicherten Kleinbus. Dieser kann Stadtteile, in denen es keine reguläre Filiale des stadteigenen Geldinstitutes mehr gibt, mit Bargeld und Finanzdienstleistungen versorgen. „Solche mobilen Angebote können auch Ansatzpunkt für die wirtschaftliche Belebung der Stadtteile und von Stadtteilmärkten werden. Der Trend zur Konzentration auf die Innenstadt schadet der Wirtschaftsentwicklung insgesamt.", sagt Linke-Ratsherr Niels Holger Schmidt. **www.dielinke-bottrop.de**

BSAG streicht Buslinie(n) in Bremen-Nord – Ältere Menschen wehren sich. Mit dem Winterfahrplan 2016/17 wurde in Bremen-Nord die Buslinie 87 des Bremer Verkehrsunternehmens BSAG eingestellt. Weitere Einschränkungen des Busverkehrs in Bremen-Nord sollen ab dem Winter 2017/18 greifen. So sollen die Buslinien 96 und 97 gestrichen werden; die Linie 88 soll generell nicht mehr über Bahnhof Aumund fahren. Begründet wird dies mit Kosteneinsparungen und der geringen Fahrgästeauslastung. Letztere kann aber nicht ohne weiteres das ausschlaggebende Argument sein. Denn der öffentliche Nahverkehr hat auch einen Versorgungsauftrag. Er muss sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Mobilitätsrechte verwirklichen können. Im Bremer Stadtteil Blumenthal werden mit dieser Entscheidung unter anderem die Bewohnerinnen und Bewohner zweier Seniorenheime buchstäblich abgehängt. Sie müssen jetzt mit ihren Rollatoren und Rollstühlen nicht mehr gut 300 Meter auf gerade Strecke laufen, sondern mehr als die doppelte Distanz, bergauf. **www.dielinke-bremen.de**

Stadt muss gute Voraussetzungen für erfolgreiche Integration schaffen: Essen. Die Ratsfraktion Die Linke teilt die Warnung des Sozialdezernenten Peter Renzel, die sogenannte Flüchtlingskrise frühzeitig für beendet zu erklären, und fordert, die freiwerdenden Kapazitäten dazu zu nutzen,

bessere Unterbringungsstandards zu schaffen und die Integration der Flüchtlinge voranzutreiben. „Es ist erfreulich, dass die Stadt den Krisenmodus in Sachen Flüchtlingsunterbringung verlassen hat, doch es ist noch lange nicht an der Zeit, sich zurückzulehnen und die Füße auf den Tisch zu legen", so die Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke. „Angesichts der anhaltenden globalen Krisen weiß niemand, wie sich die Flüchtlingszahlen in Zukunft entwickeln werden. Deshalb sollten wir aus der Vergangenheit lernen und lieber eine Reserve vorhalten statt in ein Defizit zu laufen. Die nun vergleichsweise entspannte Situation sollte dazu genutzt werden, Unterkünfte nachhaltiger und mit besseren Standards zu bauen. Wir fordern daher kleinere, wohnungsähnliche Unterkünfte, die im Idealfall auch als Sozialwohnungen dienen können sowie die Ersetzung von maroden und teuren Übergangswohnheimen durch neue." **www.linksfraktion-essen.de**

Mietspiegel 2017 – Linke & Piraten kritisieren Mietanstieg in Hannover und fordern mehr sozial geförderten Wohnraum: Laut dem Mietspiegel 2017 sind die Mieten in Hannover in den letzten zwei Jahren um durchschnittlich 5,6 Prozent gestiegen. Seit 2011 beträgt der Mietanstieg gemäß Medienberichten sogar 11,8 Prozent, deutlich mehr als die Reallohnsteigerung in diesem Zeitraum. „Dabei sollte das Mietrechtsnovellierungsgesetz 2015 – die sogenannte Mietpreisbremse – den Anstieg von Mieten wirksam dämpfen", sagt Gruppenvorsitzender Dirk Machentanz (Linke). „Außerdem benötigen wir nach wie vor mehr sozial geförderten Wohnraum in Hannover." Besonders für mittlere bis größere Wohnungen ab 65 Quadratmetern haben die Mietpreise in der Landeshauptstadt angezogen. So sind die Quadratmeter-Kaltmieten in ab 1995 gebauten mittelgroßen Wohnungen um bis zu 93 Cent gestiegen. „Das macht schon bei einer 65-Quadratmeter-Wohnung eine monatliche Steigerung von rund 60 Euro, bei 90 Quadratmetern sind es schon rund 84 Euro. Diese Mietpreissteigerung trifft insbesondere Familien mit Kindern", so der stellvertretende Gruppenvorsitzende Bruno Adam Wolf (Piraten). „Im Übrigen sollte der Mietspiegel als Bemessungsgrundlage zur Berechnung der Kaltmieten für Empfänger von Arbeitslosengeld II dienen." Der Quadratmeterpreis darf gemäß Gesetzesvorgabe bei einer Neuvermietung nicht über zehn Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Eine Kostendämpfung, wie im Gesetz vorgesehen, befördert jedoch eine stetige Erhöhung der Mieten. Die Ratsgruppe Die Linke & Piraten tritt für eine wirkliche Mietpreisbindung ein. **www.linksfraktion-hannover.de**

Streik der Grundschullehrerinnen und -lehrer in Chemnitz: Zum bevorstehenden Streik der Grundschullehrerinnen und -lehrer in Chemnitz erklärt die Fraktionsvorsitzende der Fraktion Die Linke im Chemnitzer Stadtrat Susanne Schaper: „Unsere Solidarität gehört den Grundschullehrerinnen und -lehrern, welche morgen in Form eines Warnstreiks von 7.30 bis 9.30 Uhr für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Sie sind verantwortlich, dass sich unsere Kinder gut im Schulalltag zurechtfinden und Freude am Lernen entwickeln. Dass sich das Finanzministerium dennoch weigert, in Tarifverhandlungen zu treten, zeigt letztendlich, welchen Stellenwert es den Grundschullehrkräften bemisst." Nico Brünler, Vorsitzender des Stadtvorstandes der Partei Die Linke, ergänzt: „Es ist nicht hinnehmbar, dass Grundschullehrkräfte tariflich schlechter gestellt sind als die Kolleginnen und Kollegen in der Oberschule. Will man eine funktionierende Grundschule müssen die Arbeitsbedingungen für alle Lehrer vernünftig gestaltet werden." **www.dielinke-chemnitz.de**

Städte engagieren sich für Wohnungsbau und wollen mehr Flächen nutzbar machen – Unterstützung von Bund und Ländern nötig: Essen. Die Städte wollen wegen des hohen Bedarfs an Wohnungen in Wachstumsregionen deutlich mehr Flächen nutzbar und den Wohnungsbau attraktiver machen. Von Bund und Ländern erwarten sie noch in dieser Legislaturperiode dafür weitere Schritte. Das machte der Deutsche Städtetag in Essen nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss deutlich. „Trotz substantieller Verbesserungen für den geförderten sozialen Wohnungsbau durch den Bund und steigender Neubau-Zahlen fehlt in vielen Städten mit angespannten Wohnungsmärkten geeigneter Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten. Dabei handelt es sich um die Haushalte, die keinen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, sich aber auch keine teure Wohnung leisten können. Deshalb brauchen wir nachfragegerechte Konzepte zur Wohnraumförderung und dafür zusätzliche Unterstützung von Bund und Ländern", sagte die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen. „Es ist gut, dass der Bund seine Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf insgesamt 1,5 Milliarden Euro jährlich bis Ende 2019 anhebt. Nun sollten die Länder dieses Geld schnell einsetzen und durch eigene Mittel aufstocken. Attraktiv wirken Förderprogramme beispielsweise mit Tilgungszuschüssen. Gut ist zwar, dass der Wohnungsbau dort, wo die Engpässe am größten sind, überdurchschnittlich wächst. Aber das Tempo und der Umfang des Wohnungsbaus reichen noch nicht aus." Das „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen", in dem auch der Deutsche Städtetag mitarbeitet, hatte im vergangenen Jahr Empfehlungen erarbeitet. Erste Erfolge im Wohnungsbau sind spürbar: Viele Städte betreiben ein aktives Flächenmanagement, regeln den Anteil von preislimitiertem Wohnungsbau oder die an Bedingungen geknüpfte Baulandvergabe. **www.staedtetag.de**

Landkreistag befürchtet fortschreitende Zentralisierung: Berlin. Der Deutsche Landkreistag befürchtet auch angesichts der nächtlichen Einigung von Bund und Ländern zur Neuregelung der Bund-Länder-Finanzen eine fortschreitende Zentralisierung im föderalen Staatsgefüge. Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke sprach von einer weiteren Schwächung von Ländern und Kommunen: „Der nächtliche Kompromiss hat zwar einige Punkte abgemildert, insgesamt bleibt es aber dabei: Die Länder ermöglichen es dem Bund, stärker als bislang auf ureigene Kompetenzen von Ländern und Kommunen, beispielsweise im Bildungsbereich, Einfluss zu nehmen. So werden Landkreise, Städte und Gemeinden noch abhängiger von Bundeshilfen. Wir halten das für eine besorgniserregende Entwicklung. Richtiger wäre es gewesen, die Steuerverteilung stärker zugunsten von Ländern und Kommunen zu ändern, da sich dann Folgefragen einer intensivierten Bundeskontrolle gar nicht gestellt hätten." Insbesondere die ermöglichten Bundeshilfen zur Sanierung und Modernisierung der schulischen Gebäudeinfrastruktur in finanzschwachen Kommunen würden die Länder aus ihrer Verantwortung entlassen. Das öffnet Fehlsteuerungen Tür und Tor und führt letztlich auch dazu, dass das Band zwischen Ländern und ihren Kommunen geschwächt wird", kritisierte Henneke. **www.landkreistag.de**

Zusammenstellung:
Ulli Jäckel, Hamburg

Teilhabe statt Kostendämpfung!

Seit der Krüppelbewegung in den 70er Jahren haben Selbstorganisation von Menschen mit Behinderungen nicht mehr so viele Protestaktionen durchgeführt wie in den vergangenen Monaten. Sie protestierten gegen den Entwurf des Bundesteilhabegesetzes. Ministerin Nahles hatte einen Gesetzentwurf vorgelegt, der auf zahlreiche Einwände stieß. Nicht nur die Selbstorganisationen, auch Wohlfahrtsverbände und andere Organisationen, die Menschen mit Behinderungen unterstützen, protestierten. Nun ist das Gesetz am 1. Dezember in zweiter und dritter Lesung mit umfangreichen Änderungen gegenüber dem ersten Gesetzentwurf mit den Stimmen von CDU, CSU und SPD beschlossen worden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthielt sich, Die Linke stimmte dagegen. Am 16. Dezember soll es im Bundesrat abschließend beraten werden und bereits zum 1. Januar 2017 in Kraft treten.

Im Koalitionsvertrag hatten die Fraktionen von CDU, CSU und SPD vereinbart: „Wir werden ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderung (Bundesteilhabegesetz) erarbeiten. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes wird der Bund zu einer Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe beitragen. Dabei werden wir die Neuorganisation der Ausgestaltung der Teilhabe zugunsten der Menschen mit Behinderung so regeln, dass keine neue Ausgabendynamik entsteht."

Die Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe ist schon seit zwei Jahren vom Tisch. Übrig geblieben ist die Verhinderung der „Ausgabendynamik". Etwa zehn Prozent der Menschen in der Bundesrepublik haben eine anerkannte Behinderung. Da die Zahl der Menschen mit Behinderungen kontinuierlich zunimmt, wachsen auch die Ausgaben der Eingliederungshilfe. Ein Grund für die steigende Zahl ist, dass Menschen mit Behinderungen nach der großen Euthanasie-Tötungswelle durch die Nationalsozialisten erstmals älter werden. Ein anderer Grund ist die Zunahme von psychischen Behinderungen, die verschiedene Ursachen hat: Menschen überfordernde Arbeitsbedingungen, zunehmende Armut und die Bestrebungen von Renten- und Arbeitslosenversicherung, Menschen aus ihren Kassen in die Eingliederungshilfe zu überführen.

Die Erwartung der Selbstorganisationen und der Wohlfahrtsverbände an das Gesetz waren groß. Ministerin Nahles hat das Gesetz als einen „Quantensprung für die Teilhabe" behinderter Menschen angekündigt. Das sehen die Betroffenen anders. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit sieben Jahren von der Bundesrepublik ratifiziert. Die Erwartung war, dass insbesondere die Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe herausgelöst und in ein vorrangiges Leistungsrecht zum Nachteilausgleich überführt wird, damit der Leistungsanspruch nicht mehr vom Einkommen und Vermögen der Betroffenen – und ihrer Ehepartner – abhängt. Die Hoffnung war, dass auch Menschen mit Behinderungen ein Leben jenseits von Armut führen können. Das ist jetzt nur teilweise umgesetzt. Das Vermögen der Ehepartner soll ab 2020 nicht mehr herangezogen werden. Das anrechnungsfreie Vermögen soll im ersten Schritt von bislang 2 600 Euro auf 27 600 Euro steigen, ab 2020 im zweiten Schritt auf 50 000 Euro. Allerdings ist auch dies mit Vorsicht zu betrachten. Die bisherige Einkommensanrechnung wird abgelöst durch „Eigenbeiträge", die selbst gezahlt werden müssen, wenn das Bruttoeinkommen 85% des Durchschnittsentgelts der Rentenversicherten überschreitet. Diejenigen, die außer der Eingliederungshilfe auch noch Blindengeld, Sozialhilfe oder Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, bleiben in der Armutsfalle.

Verbessert haben sich einige wenige Verfahren: Es wird bundeweit eine unabhängige Beratung geben, allerdings haben Betroffene keinen Rechtsanspruch auf eine solche Beratung. Genehmigungs- und Antragsprozesse werden teilweise vereinfacht und zusammengefasst. Das Budget für Arbeit als Alternative zu einer Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen wird jetzt bundesweit eingeführt.

Die Selbstorganisationen kritisieren, dass die 5-aus-9-Regelung nicht vom Tisch ist, sondern bis 2023 evaluiert wird. Danach sollten Behinderte auch dann keine Unterstützung erhalten, wenn sie nur in weniger als fünf Lebensbereichen beeinträchtigt sind – darunter können z.B. Menschen mit schweren Sehbehinderungen oder Blindheit einsortiert werden. Nach dem Gesetz können Unterstützungsleistungen für mehrere Personen auch gegen deren Willen zusammengefasst werden – z.B. im Freizeitbereich. Betrachten die Träger der Eingliederungshilfe die Unterbringung in einer speziellen Wohnform (z.B. in einem Heim) als zumutbar und günstiger, können auch in Zukunft Behinderte gegen ihren Willen dort untergebracht werden.

All das sind Regelungen, die grundsätzlich gegen die UN-Behindertenrechtskonvention verstoßen und zum Teil mit hart erkämpften Rechten der behinderten Menschen brechen. Die Konvention hält fest, dass Menschenrechte auch für Behinderte gelten und dass sie das Recht haben müssen, so zu leben und an der Gesellschaft teilzuhaben, wie sie es selbst wollen. Das Gesetz ist ein Ausgabenvermeidungsgesetz und kein Teilhabegesetz. *Ulrike Detjen*, Köln

Stellungnahmen von Betroffenen

Nancy Poser, Forum behinderter Juristinnen und Juristen: „Die Regierung lobt sich für Verbesserungen. Sie vergisst zu erwähnen, dass zugleich die Selbstbestimmung massiv eingeschränkt wird. Sie schweigt darüber, dass mit diesem Gesetz Menschenrechtsverletzungen wie Zwangseinweisungen in Heime weiterhin Realität sein werden."

Sigrid Arnade, Geschäftsführerin der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland (ISL): „Wir haben einen in meiner politischen Erfahrung noch nie dagewesenen Abwehrkampf geführt und konnten nun einige der größten Schrecken abmildern oder zeitlich verschieben."

Ottmar Miles-Paul, ehemaliger Landesbeauftragter für die Belange behinderter Menschen in Rheinland-Pfalz: „Ein Gesetz, durch das behinderte Menschen weiterhin bedroht werden, ins Heim abgeschoben zu werden, wie derzeit in Freiburg, ein Gesetz, das behinderte Menschen erstmalig im ambulanten Bereich zum Zwangspoolen von für sie sehr wichtigen Leistungen zwingt, und ein Gesetz, das das ehrenamtliche Engagement behinderter Menschen erschwert, weil sie nun mehr Schwierigkeiten bekommen, um die Unterstützung, die sie dafür brauchen, zu bekommen. Ein solches Gesetz kann trotz einiger unbestrittener Verbesserungen nicht unser Gesetz sein. Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht so einfach fortgeschrieben und durchgewunken werden, auch nicht im Schatten einiger Verbesserungen."

Demonstration gegen das Bundesteilhabegesetz am 4. Mai in Berlin

Quelle: http://abilitywatch.de

Dokumentiert: Mehr Geld für Leihbeschäftigte

In der dritten Verhandlungsrunde über die Tariferhöhungen für die Beschäftigten in der Leiharbeit haben sich die DGB-Gewerkschaften mit den beiden Arbeitgeberverbänden BAP und iGZ auf ein Ergebnis geeinigt.

Tariflöhne steigen jährlich bis 2019

Das Verhandlungsergebnis sieht eine Laufzeit von 36 Monaten bis Ende 2019 vor. Damit läuft der zukünftige Entgelttarifvertrag genauso lange wie schon der letzte Abschluss aus dem Jahr 2013. Die Einigung sieht, beginnend 2017 bis 2019, jährlich Tariferhöhungen für die Beschäftigten in der Leiharbeit vor. Die Tarifentgelte steigen in diesem Zeitraum zwischen 2,5 und 3,0 Prozent jährlich im Westen. Für die Beschäftigten im Osten steigen die Löhne in dieser Zeit jährlich um 4,0 und 3,5 Prozent.

Mehr Geld für die unteren Entgeltgruppen

Besonders berücksichtigt werden bei den Tariferhöhungen die unteren Entgeltgruppen. So steigt das Tarifentgelt der Entgeltgruppen 1 und 2 im Westen bis 2019 um 20 Prozent stärker als in den höheren Entgeltgruppen. Ähnliches gilt für die unteren Entgeltgruppen im Osten. Auch hier steigen die unteren Entgeltgruppen bis zu 20 Prozent stärker. Durch die überproportionale Erhöhung wird auch der Abstand der Leiharbeitstarife zum gesetzlichen Mindestlohn deutlich vergrößert. Nach Berechnungen der DGB-Tarifgemeinschaft wird dieser Effekt bis 2019 anhalten und anwachsen.

Ostangleichung durchgesetzt

Mit diesem Tarifabschluss wird auch die überfällige Angleichung der Ostentgelte an die Westtarife sichergestellt. Das Verhandlungsergebnis sieht vor, dass ab 1. April 2021 die Entgelttabelle für den Osten wegfällt und dann die Westtabelle für ganz Deutschland gilt. Damit haben die DGB-Gewerkschaften durchgesetzt, dass für die Ostbeschäftigten zusätzlich zu den 12 Prozent Lohnerhöhungen bis 2019 auch der bestehende ca. elfprozentige Lohnunterschied beseitigt wird.

Wichtige Ziele erreicht

Mit diesem Verhandlungsergebnis ist die Tarifgemeinschaft der DGB-Gewerkschaften bei wichtigen Zielen vorangekommen. Sowohl die Abschaffung der Ost-West-Differenz als auch die stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen konnte durchgesetzt werden. Die Ost/West-Angleichung war von Leiharbeitsbeschäftigten in einer Umfrage mit fast 67 Prozent Zustimmung als sehr wichtig angesehen worden. Auch die stärkere Anhebung der unteren Entgeltgruppen war mehr als 75 Prozent der befragten Leihbeschäftigten sehr wichtig. Beides konnte mit dem erzielten Ergebnis erreicht werden.

Januar 2017 tagt Tarifkommission

Wie üblich bei Verhandlungsergebnissen ist die Einigung noch nicht rechtskräftig und mit einer Erklärungsfrist bis 31. Januar 2017 versehen. So kann das Verhandlungsergebnis in den kommenden Wochen innerhalb der Gewerkschaften beraten werden. Auch der Vorstand der IG Metall wird sich in seiner Klausur im Januar 2017 damit befassen und die bundesweite Tarifkommission der IG Metall für Leiharbeit wird das Ergebnis in ihrer Sitzung am 20. Januar diskutieren und darüber befinden.

Tarifinformationen IG-Metall Vorstand

Wirtschaftspresse

BDI-Präsident Grillo würdigt Einsatz Jordaniens in der Flüchtlingskrise. *Pressemitteilung BDI, Fr., 7.10.16.* – Der BDI führt ein Projekt zur Fluchtursachenbekämpfung in Ostafrika mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit durch. Grillo würdigte Jordanien als „einen Stabilitätsanker im Nahen Osten, der beispielhaft die Aufnahme von Flüchtlingen in der Region bewältigt". Das Land hat bei 6,5 Millionen Einwohnern weit über eine Million Flüchtlinge aufgenommen, vor allem aus Syrien und dem Irak.

Die Königin von Jordanien forderte angesichts internationaler Krisen eine moralische Revolution im Sinne einer „Empathie 4.0" vor dem Hintergrund industriellen Entwicklungsstrebens. Mit dem Thema ihrer Rede knüpfte die Königin an Aspekte der Rede von BDI-Präsident U. Grillo an, der von den etablierten Parteien einen stärkeren Einsatz gegen die globalisierungsfeindliche Stimmung in Deutschland verlangte. Es sei falsch, wenn die Politik politischen Extremisten in ihren Konzepten von Nationalismus, Protektionismus und Abschottung folge.

Quelle: www.bdi.eu Artikel: Empathie 4.0 – Moralische Entwicklung muss mit technischem Fortschritt mithalten.

Kammern besorgt über Trump. *Frankfurter Allgemeine Zeitung, Mo., 27.11.2016.* – Mit 0,3 % werde die Zuwachsrate des Welthandels am unteren Ende der letzten 25 Jahre liegen und befinde sich im Krisenmodus, so DIHK-Präsident E. Schweitzer. „Mit dem angekündigten Rückzug der Vereinigten Staaten aus multilateralen Abkommen wie TPP fehlt ein wichtiger Protagonist in der Handelspolitik. Auch TTIP liege erst einmal auf Eis. Viele deutsche Betriebe und deren ausländische Tochtergesellschaften seien verunsichert.

BDA sieht Deutschland als Hort der Stabilität. *Pressemitteilung der BDA, Fr., 2.12.2016.* – Arbeitgeberpräsident Grillo begrüßt die vierte Kanzlerkandidatur Angela Merkels und prophezeit der AfD ein kurzes Leben. „In dieser unruhigen Welt, ist Stabilität ein Faktor, nach dem sich die Bevölkerung zu Recht sehnt … die Kanzlerkandidatur von Frau Merkel (ist) ein der Zeit angemessenes Lösungsangebot. Von außen betrachtet gelten wir in der Welt weiterhin als ein Hort der Stabilität. Was wir nicht wissen, ist, welche Auswirkungen die politischen Entscheidungen von Trump und anderen neu Gewählten in der Zukunft haben werden.

Die AfD ist eine Momentaufnahme. Dass die AfD im operativen Geschäft die Politik in die falsche Richtung beeinflussen kann, erwarte ich nicht. Viel wichtiger ist die Frage: Was können die übrigen Parteien tun, um nicht noch mehr Wähler an die AfD zu verlieren? Ich bin mir sicher, dass sehr viele Wähler zurückgeholt werden könnten. Damit meine ich: ihre Ängste und Problembeschreibungen ernst nehmen und sich mit ihnen auseinandersetzen. Dazu muss man nicht so radikal wie die AfD werden."

Auszug aus einem Interview in der Rheinischen Post auf www.arbeitgeber.de

Zusammenstellung:
Rosemarie Steffens, Langen

Der Verlust von Ordnung und die umgreifende Entsicherung aller Lebensbereiche und eine linke Antwort darauf (Thesen)

Vorbemerkung: Zum Jahreswechsel war Harald Pätzolt aufgefordert, für die traditionelle Tagung der sogen. „Elgersburger Runde", an der die Vorsitzenden der Europa-, Bundestags- und Landtagsfraktionen sowie die Parteivorsitzenden teilnehmen, Thesen zum Problem wachsender Entsicherung der Menschen vorzulegen. Er fasst darin, freilich auf sehr allgemeine Art und Weise, Ergebnisse vieler Studien und Analysen zusammen, die Quellen werden nur gelegentlich benannt, aber nicht nachgewiesen. Auch greift er auf prägnante Formulierungen aus Texten von Heinz Bude, Zygmunt Baumann oder Gerd Irrlitz zurück, ohne diese zu zitieren.

Erlebter Kontrollverlust

1. Die Menschen wollen, das zeigen viele Studien, sogen. Länder-Monitore und auch eigene empirische Untersuchungen, in ihrer großen Mehrzahl eine offene Gesellschaft der *Freiheit und Gleichheit* (Demokratie, Vielfalt, Menschenrechte usw.) und sie wollen *Ordnung* (d.h. einen Zustand, in dem die Beziehungen zwischen Ursachen und Wirkungen stabil, also verständlich und vorhersagbar sind, so dass diejenigen, die darin leben, wissen, wie sie sich zu verhalten haben) *und Sicherheit.*

2. Erlebter Kontrollverlust infolge rasanten Wandels (etwa Digitalisierung), universeller Verknüpfungen („Globalisierung"), des Verlustes des „Wir" (der gewohnten Gemeinschaftlichkeit, des sozialen Zusammenhalts), des „Kitts der Gesellschaft" (Institutionenvertrauen, soziale Netzwerke, Identifikation mit dem Gemeinwesen) sowie unkontrollierbarer, medial vermittelter dramatischer Ereignisse: Kriege, Anschläge, Exzesse von Gewalt (verbunden mit dem Erlebnis von Verletzungen, Ängsten, Tod und Zerstörung) führen dazu, dass vielfach die Rede von Freiheit und Gleichheit leiser, die von Ordnung und Sicherheit lauter wird.

3. Ambivalent sind die sozialen Erfahrungen der Menschen; sie fühlen sich hin und her gerissen, suchen nach Halt und Orientierung. Das neoliberale Modell, dass der Einzelne zum Gewinner werden kann, wenn er sich nur recht anstrengt und keine Rücksicht auf die Andern nimmt, verliert an Plausibilität und Akzeptanz. Die Welt besteht nicht nur aus Gewinnern, sondern auch aus vielen Schutzbedürftigen – und auch Gewinner wissen: man kann sehr schnell schutzbedürftig werden.

4. Unsicherheiten der letzten Jahre speisten sich auch aus der Privatisierung von Risiken, aus den falschen Versprechen privater Sicherheiten (Versicherungen, „Vermögens"-Aufbau usw.) und sogen. Sicherheits-Diensten (Wachschutz überall) für Lebensräume.

5. Der Staat selbst hat mit den Einschränkungen von Bürger- und Menschenrechten im Namen von Sicherheit und Ordnung die Menschen tendenziell unsicherer, kontrollierter, diskriminierter gemacht und zum Verdachtsobjekt gestempelt. Auch das wird so empfunden und der Politik zurückgespiegelt.

6. Auf der Suche nach Ordnung greifen Menschen vielfach auf gewohnte, alte, verklärte Ordnungsvorstellungen zurück. Rechte und konservative Akteure bieten ihnen ja auch entsprechende Vorstellungen geschlossener Gesellschaften an. Nach Sicherheit strebend suchen Menschen nach Autorität, nach Stärke und Führung.

www.wikiwand.com/

7. Entschieden ist die Mehrheit der Menschen in Deutschland dabei nur in einem: es muss ein neues Verhältnis von Freiheit und Schutz her.

Renaissance der Staatsbedürftigkeit

8. Eigene Untersuchungen bestätigen, was allgemein konstatiert wird: es gibt eine „große Renaissance der Staatsbedürftigkeit". Der Staat, die Politik sollen sich (wieder) kümmern, „in Ordnung bringen", was falsch läuft; „Normalität" (Geltung von Normen, Werten, Regeln, von Recht und Gesetz) soll wieder hergestellt werden.

9. Politik, das meinen auch die eher links denkenden Menschen, soll dafür sorgen, dass jeder/r die zum Leben nötigen Ressourcen zur Verfügung hat: Geld, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Zeit, Respekt, Sauberkeit, Sicherheit im Alter usw.

10. Die Linke ist herausgefordert, dem Wunsch der Menschen nach einer offenen Gesellschaft ebenso Rechnung zu tragen wie ihnen ein neues, linkes Ordnungsversprechen zu geben. Sicherheit und Ordnung sollten in der Begrifflichkeit der Linken einen Stellenwert bekommen wie Freiheit und Gleichheit.

11. Das bedeutet zweierlei: *Erstens*, die alte Institutionalität, die Staatlichkeit unserer Gesellschaft, müsste als essentiell für politisches Handeln auf allen Ebenen genommen werden. Das ist kommunalen Amtsträgern selbstverständlich und Regierungsparteien auf Landesebene nah. In Opposition ist der Staat eher Objekt der Kritik als Subjekt der Veränderung. Programmatisch gehen wir alle diesbezüglich auf weichem Grund.

Zuverlässigkeit – Qualität linker Politik

12. *Zweitens*, ruht der Blick der Menschen auf uns, so wird ein anderer Begriff für unser politisches Verhältnis entscheidend: Zuverlässigkeit. Die implizite und auch ganz offen gestellte Frage ist doch: Seid Ihr, ist Die Linke, sind Sie oder bist Du verlässlich in Sachen Ordnung und Sicherheit, so wie Ihr es bei sozialer Gerechtigkeit seid?

13. Was folgt daraus? Linke Politik muss sich in allen Dimensionen, institutionell, inhaltlich und verfahrensmäßig und auf allen föderalen Ebenen als zuverlässig bewähren. Auf der Metaebene der sozialen Gerechtigkeit und sozialen Sicherheit als Leitmotiv und Ziel ebenso wie auf den einzelnen Politikfeldern. Es gibt, jenseits des Frames „Sicherheit", notwendig unscharfer Begriff, eine Vielzahl von links zu gestaltender Sicherheiten: Innere und äußere Sicherheit, Sicherheit von Transport, Energieversorgung, Cybersicherheit, Sicherheit des Handels, des Finanzsystems, ökologische Sicherheit und Investitionssicherheit. Die Sicherheit von Leib und Leben, des Eigentums, der Rentenansprüche und der Spareinlagen gehören dazu. Die medizinische Versorgung, die Pflege. Funktionierende Behörden und ÖPNV.

14. Zuverlässigkeit gewinnt Die Linke dadurch, dass sie in ihrem politischen Handeln auf all diesen Politikfeldern jenen Teil, der dem Staat anheimfällt, wenn es um die jeweiligen Schutzbedürfnisse von individuellen und kollektiven Personen geht, genau und von links bestimmt. Nur so kann einem sich ausweitenden populären Etatismus begegnet werden.

Harald Pätzolt, Berlin, 24.11.2016

Bei der Landtagswahl verlor die SPD im Mannheimer Norden ihr letzten Direktmandat an die AfD, die dort 30,1 Prozent erhielt, fast ein Prozentpunkt mehr wie der SPD-Kandidat. Wie diskutiert die Mannheimer Linke diese bittere Erfahrung? Wir dokumentieren Thesen von Thomas Trüper, der seit 2009 Die Linke im Mannheimer Gemeinderat vertritt.

10 Thesen zu Rechtspopulismus, AfD, Pegida

1. Der Rechtspopulismus ist eine europaweite Bewegung (einschließlich Türkei), die parallel in den USA ebenfalls schon lange grassiert und dort jetzt Trump auf den Schild gehoben hat. Dass sich Trump zu Putin hingezogen fühlt, nimmt nicht Wunder. Ein Wunder ist eher, dass der Rechtspopulismus erst jetzt eigene Organisationen inklusive einer Partei hervorgebracht hat und somit als eigenständige Bewegung wahrnehmbar und medienpräsent ist und zum Machtfaktor wird.

2. Sämtliche Wahlanalysen zeigen: Die AfD sammelt Menschen, die bisher in anderen Parteien oder als Nichtwähler unterwegs waren. Sie ist keine Abspaltung einer bestimmten Partei. Von arrivierten Professoren und ehemaligen Amtsträgern in anderen Parteien gegründet, hat sie Zulauf sicher auch der „abgehängten“ Schichten, aber keineswegs nur von diesen. Auch in wohlhabenden Vierteln bekommt sie Stimmen. Die neue AfD steht somit quer zu den bisherigen Parteien. Das Gleiche gilt für gesellschaftliche Organisationen wie Gewerkschaften, Kirchen, Vereine etc.

3. Der Rechtspopulismus ist nicht das Lamento von Verzweifelten oder der Ausdruck diffuser „Ängste“ von „Verunsicherten“. Er verkörpert eine ebenso offensive wie einfache Strategie in der Auseinandersetzung mit einer als durcheinander empfundenen Welt, mit gefühlten Bedrohungen wie dem Terrorismus, mit beschränkten Ressourcen und einer als gegeben betrachteten Aufteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Die Strategie heißt: krallen, was man hat, Dominanz der Starken, Ausschluss der Schwachen, Abwehr der Gefahren „von Außen“. Der Rechtspopulismus ist isolationistisch. „Türen zu!“

4. Der Rechtspopulismus verdreht die widersprüchlichen Prozesse innerhalb einer Gesellschaft zwischen „Oben“ und „Unten“ zu einem Gegensatz von „Innen“ und „Außen“. Im Inneren muss Identität herrschen. Dieser Ansatz ist völkisch und rassistisch. Die Ergebnisse der gesellschaftlichen Prozesse und der historischen Entwicklungen werden ignoriert. Deswegen ist der Rechtspopulismus antiaufklärerisch. Er unterschlägt Geschichte. Er verweigert sich der Kritik des Kapitalismus. Der Rechtspopulismus ist somit auch ein Ergebnis der weltweiten Schwäche und Niederlage des Sozialismus und der Kapitalismuskritik.

5. Es ist kein Zufall, dass der Rechtspopulismus mit der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise seinen Aufschwung startete. Statt der fälligen Kritik der enthemmten Verwertung der Werte, der abstrakten Geldmacherei und Finanzblasen, wird die Währung kritisiert. Als die imperialistischen Rohstoffkriege ganze Weltregionen verwüsten und die wirtschaftliche Ausplünderung weiterer Weltregionen bisher einzigartige Fluchtbewegungen verursachen, kritisieren die Rechtspopulisten die Religion und fremde Kultur der Ankömmlinge.

6. Der Rechtspopulismus führt durch seine Verdrehung aller Probleme in den Widerspruch zwischen „Innen“ und „Außen“ zu vollkommen verdrehten Äußerungsformen: Pegida malt Kreuze schwarz-rot-gold an, man sorgt sich im Freistaat Sachsen mit 23% Mitgliedern der beiden großen Kirchen an der Gesamtbevölkerung um das christliche Abendland und spricht bei 3,9% Ausländeranteil (in Leipzig bei einem „Spitzenwert“ von 6%) von Überfremdung und Umvolkung.

7. Die erste und die letzte Aufgabe gegen den Rechtspopulismus ist damit Aufklärung: Durch den Streit vor Ort, durch gemeinsame Anstrengungen von Multiplikatoren, Kunstschaffenden, Medien etc. Die Grenze der Aufklärung wird durch das Desinteresse an Aufklärung seitens vieler Inhaber wirtschaftlicher, politischer und medialer Macht gezogen. Der Rechtspopulismus muss vor allem in seiner Erbärmlichkeit bloßgestellt statt dämonisiert werden. Es ist auch ein Kulturkampf. Und immer noch gilt festzuhalten, dass der Rechtspopulismus zwar erschreckend verbreitet ist, aber nicht die Mehrheit der Gesellschaft sondern ca. ein Viertel hinter sich hat.

8. Die Gegenposition zu der unter 3. skizzierten Strategie des Rechtspopulismus ist jegliche zivilgesellschaftliche Regung und Macht. Der Fundus aus dem geschöpft werden kann ist die doch weitverbreitete Auseinandersetzung mit dem historischen Faschismus, oder schlicht der Humanismus. Die große gesellschaftliche Anstrengung der Flüchtlingshilfe verdankt sich sicherlich auch dem Bewusstsein, nicht wie die Altvorderen angesichts Vernichtungslagern und Völkermord „wegschauen“ zu dürfen. Jede Form gesellschaftlicher Empathie und Solidarität, jedes Bewusstsein der „Einen Welt“, der ökologischen Verantwortung, jede Verachtung von Ausbeutung und Krieg, jedes Bestehen auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, jedes Eintreten für soziale Gerechtigkeit, jedes Bestehen auf Interessenausgleich statt Bürgerkrieg ist ein Baustein des Dammes gegen Rechtspopulismus und in gleicher Weise auch gegen Faschismus.

9. Gegenkräfte der Zivilgesellschaft finden sich in fast allen Parteien (mehr oder weniger), in den gesellschaftlichen Organisationen, in Vereinen etc. Also genau dort, wo sich auch der Rechtspopulismus ausgebreitet hat. Das macht die klare Lagereinteilung schwierig. Im Bewusstsein dieses Widerspruchs sind viele Bündnisse, Aktionseinheiten oder sonst wie geartete Kooperationen möglich und notwendig. Die Achtung und Pflege der zivilgesellschaftlichen Teilübereinstimmung trotz gleichzeitigen Dissenses ist grundlegend, um dem Rechtspopulismus, der rassistischen Durchdringung der Gesellschaft die Macht zu nehmen. Dies sind Anforderungen, die von dem gewohnten politischen und antifaschistischen „Geschäft“ abweichen und Umstellung erfordern.

10. Nicht zu unterschätzen bei alledem: Die „Querfronten“, die scheinbare Übereinstimmung in einzelnen Punkten, z.B. in der Positionierung gegenüber (bestimmten) Kriegen. Die Begründung unterscheidet sich gravierend: Eintreten für weltweite Gerechtigkeit und Frieden ist etwas anderes, als „deutsche Jungs“ zu retten. Keine Grundlage für einen gemeinsamen „Friedenswinter“. Auch die Kritik an der EU ist ein weites Feld, Trugbildern der Gemeinsamkeit aufzusitzen. TTIP- und Freihandelskritik mögen sich auf Demopappen ähneln wie ein Ei dem anderen. Die Differenz muss sich in der Darstellung der positiven Ziele zeigen. Und auch darauf sei noch hingewiesen: Vollkommen vermint ist leider das Feld Religionskritik oder was immer sich dafür hält.

Thomas Trüper. Mannheim, · 30. 11 2016

http://kommunalinfo-mannheim.com/2016/11/30/10-thesen-zu-rechtspopulismus-afd-pegida/

Religionsfrieden: Wir haben es in der Hand !

Nicht viele Themen sind gleichermaßen emotional so aufgeladen wie persönlicher Glaube. In den Politischen Berichten 11/2016 hatten wir berichtet, daß der Landesverband der Linken in NRW erklärtermaßen laizistische Positionen in sein Wahlprogramm zur Landtagswahl 2017 übernommen hat. Es gab darauf eine heftige Reaktion der „Christen in der Linken". Die PB halten diese Kontroverse für bedeutsam. Ließen wir diese Fragen als beliebig und ungeklärt stehen, würden sie immer wieder an Stellen zerstörerisch aufkochen, wo heute noch niemand damit rechnet. Dann aber werden sie nicht nur zu unerwünschtem Streit führen, sondern, so befürchten wir, werden zu willkommenen ideologischen Knüppeln, um mit ihnen eine demokratische, rechtlich geordnete Gesellschaft auseinanderzureißen. An der öffentlichen Präsenz von Religion scheiden sich in der Praxis oft die Geister: Im Arbeitsrecht, in Schulfragen, bei Regeln des Zusammenlebens im Öffentlichen Raum.

1415: Jan Hus wird zu Konstanz verbrannt; aus: „Das Merkwürdigste aus der Moral, Natur- und Weltgeschichte", 1805

Es ist spannend zu beobachten, wie im Wissenschaftsbereich diese Diskussion verläuft. Während sich in der rechtlichen, philosophischen und theologischen Diskussion der religiöse Friede als politisches Ziel herauskristallisiert — Wir verweisen dazu auf das Buch von Elmar Wolfgang Walter Busse „Das Prinzip staatlicher Neutralität und die Freiheit der Religionsausübung", Frankfurt 2013 — erstarken in der Politik Strömungen, die Staat und Bekenntnis vermischen. So hat kürzlich die CSU-Mehrheit das bayerische Integrationsgesetz beschlossen. Sie will mit dem staatlichen Gewaltmonopol ihre „Leitkultur", auch das wiederum nichts anderes als ein Bekenntnis, durchsetzen. Kann linke Politik ihre Ziele formulieren und gleichzeitig in ihren Reihen Unterschiede in Bekenntnis und Religion fruchtbar machen? Die Redaktion der PB möchte dazu in den nächsten Jahren interessante Argumente und praktische Beispiele sichten. Sie hofft, daß sich zu dem Thema ein Arbeitszusammenhang herausbildet. – Die nächste Gelegenheit zur Diskussion von Arbeitsvorhaben besteht bei der Winterschule der ARGE in Erfurt vom 5. bis zum 7. Januar 2017. Schön wäre es, wenn bis zur Mitgliederversammlung unseres „Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation" am 8. und 9. April 2017 in Mannheim Umrisse eines Arbeitsprogramms vorgestellt werden könnten.

Für Projektideen und Anregungen hier meine eMail-Adresse: Karl-Helmut.Lechner@wtnet.de

Die Begriffe Laizismus und Laizität verweisen auf die große blutige Geschichte der Säkularisierung in Europa. Gemeint ist damit die Zurückdrängung von Religion, vornehmlich christlicher Religion, aus dem öffentlichen in den privaten Lebensbereich. Säkularisation findet da statt, wo z.B. Wissenschaft ihre Unabhängigkeit gegenüber kirchlicher und theologischer Kontrolle erreicht oder sich bürgerliches Recht in Abgrenzung vom viele Jahrhunderte alten Kirchenrecht der beiden großen Kirchen herausbildet. Man sollte diese Begriffe heute aber behutsam gebrauchen. Denn in ihnen hallen die alten Schlachtrufe wider und lösen sehr gemischte Gefühle aus. Wer heute noch mit Blick auf die religiösen Bewegungen und Kirchen mit Voltaire écraser l'infame! („die Abscheuliche zerschmettern!") ausruft und meint damit vielleicht, an der Spitze der grundlegenden antiklerikalen Aufklärung zu stehen, möge sich doch einfach mal in Europa umsehen. Und sie oder er wird dabei bemerken, noch nicht einmal auf dem Stand der Weimarer Reichsverfassung (WRV) von 1919 angekommen zu sein. In Artikel 137 (7) WRV, heute inkorporiert im Grundgesetz Artikel 140, wurde bereits damals festgeschrieben: „Den Religionsgesellschaften werden die Vereinigungen gleichgestellt, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen." Die unterschiedlichen Weltanschauungen des Atheismus oder Anti-Klerikalismus werden hier, neben allen anderen Religionen, verfassungsrechtlich eingereiht als eine Stimme unter vielen im gesellschaftlichen Diskurs. Die Begriffe sind als Waffe im Laufe der Zeit stumpf geworden. Und kirchliche Mission zwischen den Konfessionen, um sich gegenseitig die Schäfchen abspenstig zu machen, findet kaum statt. Heute gilt es, eine gesellschaftliche Praxis zu entwickeln und dafür die entsprechende Gesetzesform zu finden, um geordnet und gut miteinander leben zu können.

Trennung von Kirche und Staat

Die Trennung von Kirche und Staat ist zum ersten Mal in der Verfassung der USA von 1787 formuliert. Den Einwanderern aus Europa ging es dabei vor allem darum, den Staat aus allen kirchlichen und religiösen Angelegenheiten ihrer Gemeinden herauszuhalten. Hatten diese Siedler doch ihre Herkunftsländer meist als religiös verfolgte, protestantische Minderheiten verlassen müssen.

Anders in Frankreich. Dort war der Anti-Klerikalismus, der sich vor allem gegen die Katholische Kirche richtete, im Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat vom 9. Dezember 1905 bestimmend. Der erste Paragraph dieses Gesetzes bestimmt ausdrücklich, dass die Republik die Gewissensfreiheit wahrt und freie Religionsausübung gewährt, sofern sie nicht die öffentliche Ordnung berührt. Der zweite Paragraph aber fügt hinzu, die „Republik anerkennt, besoldet oder subventioniert keine Religionsausübung." Zudem kennt das Gesetz von 1905 für die Kirchen eine einzige Zweckbestimmung: die Ausübung des Kultes. Die diakonische und karitative Tätigkeit wurde bewusst außer acht gelassen. Mit der Vierten Republik 1946 findet das Prinzip der Laizität Eingang in die französische Verfassung (Art. 1) und gehört heute zu den unumstößlichen Grundsätzen der Republik. Durch das Prinzip der Laizität soll die Neutralität des Staates garantiert und die Gleichheit aller Glaubensformen inklusive der Agnostik sichergestellt werden. Religiöse Überzeugungen sind somit reine Privatsache und werden weder mit Steuergeldern unterstützt noch in den republikanischen Institutionen repräsentiert. Heute hat selbst die Katholische Kirche ihren Frieden mit diesem Gesetz gemacht. Die Laïcité sei mit der römisch-katholischen Religion vereinbar, erklärten die französischen Kardinäle und Erzbischöfe bereits 1945. Alle Kirchengebäude, die vor 1905 errichtet wurden, werden vom Staat unterhalten. Die Geistlichen bekommen für diese kulturelle Leistung ein Gehalt. Wenn Kirchen und auch Moscheen staatliche Finanzquellen für Neubauten nutzen wollen, müssen sie als „Centre Culturel" den Antrag stellen, nicht als religiöse Einrichtung. In den drei östlichen Departements Frankreichs wird die Kirche gemäß dem napoleonischen Konkordat von 1801 insgesamt vom Staat aus dem allgemeinen Steuertopf finanziert.

Religion will nicht verschwinden

Atheismus, mehr noch, Ablehnung jeglicher Art des Religiösen war der Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts in Deutschland selbstverständlich: Religion ist das „Opium des Volkes" hatte Karl Marx gesagt. Und es macht ja keinen Sinn, den Menschen nur ihr Opium wegzunehmen, aber jene Zustände unverändert zu lassen, die schmerzlindernde Mittel nötig machen. Durch Aufhebung der Arbeitsteilung und des Privateigentums könnten die Zustände beseitigt werden, in denen der Mensch ein

geknechtetes und ausgebeutetes Wesen ist. Dann wird dieser Fusel verdunsten, dieses billige Trostmittel Religion absterben und verschwinden, weil überflüssig geworden.

Nicht nur der Marxismus hat das vertreten. Die marxistische Kritik der Religion ist eingebettet in den großen Traditionsstrom der Aufklärung. Philosophen wie Auguste Comte (1798 bis 1857) und danach auch der Soziologe Émile Durkheim (1858 bis 1917) sagten den unausweichlichen Verfall der großen Religionen voraus. Durkheim nahm sogar an, dass in Europa der Katholizismus im Verlauf eines halben Jahrhunderts verschwunden sein werde. Die religionskritischen Schriften der UdSSR und der DDR haben sich an diese Gedanken festgeklammert. Und gibt es nicht unter den Linken im Lande genügend Leute, die meinen, Marx damit einen Gefallen zu tun, wenn sie das nur laut genug wiederholen?

Die Gesellschaft der BRD, in der wir uns bewegen, ist offen und verkappt erfüllt von religiösen Elementen, Organisationen und Strukturen. Zwar kann ein Staat sich von Religionsgemeinschaften, wie zum Beispiel den Kirchen, politisch und juristisch trennen. So steht es im Grundgesetz Art. 137 (1): „Es besteht keine Staatskirche." Allerdings, eine Trennung der Gesellschaft von Religion und Weltanschauung ist nicht möglich. Beide wollen nicht verschwinden. Verbieten geht nicht. Beide sind in dieser Gesellschaft als Ausdruck der Lebensform und Denkweise von Menschengruppen und Individuen vorhanden. Und: Sie sind grundsätzlich nicht „Privatsache". Alle Handlungen, die staatlichen und die privaten, haben Außenwirkung, sind funktional öffentlich und politisch. Dies gilt fürs Rauchen, fürs Essen und Trinken ebenso wie für religiöses Gebaren. Auch die Frommen im Lande wollen nicht nur im stillen Kämmerlein singen und beten, sondern sich in örtlichen Gemeinden und überregional zusammentun. Das ist ihr gutes verfassungsmäßiges Recht.

Das Siegesgeheul derer, die heute von der „Wiederkehr der Religionen" sprechen und triumphierend behaupten, die Säkularisierung sei nur ein „moderner Mythos" gewesen, ist nicht zu überhören. Aber auch sie irren: Die alte religiös überwölbte Welt wird nicht wiederkehren. Die Wandlung der religiösen Zusammensetzung unserer Gesellschaft macht sich an nahezu allen Stellen des täglichen Lebens bemerkbar. Die Bundesrepublik Deutschland steht, wie andere Staaten Europas auch, vor der Frage, wie sie mit dieser sich seit einigen Jahrzehnten entwickelnden „religiösen Diversifizierung" umgehen soll. Wenn es uns aber um eine Gesellschaft geht, in der unterschiedliche Kulturen mit ihren jeweiligen Religionen — keineswegs konfliktfrei — , aber in religiösem und weltanschaulichem Frieden leben können, dann haben alle Beteiligten es in der Hand, selbst einige hergebrachte Auffassungen neu zu durchdenken.

Die mehr und mehr ausdifferenzierte Gesellschaft kennt nicht mehr die eine einzig akzeptierte selbstverständliche Wahrheit. Die Entstehung des modernen Staates wird insofern auch als ein Prozess der Neutralisierung religiöser Wahrheitsansprüche bezeichnet. Der moderne Staat hatte sich in seinem Selbstverständnis von den absoluten religiösen Wahrheiten zu emanzipieren, um den Frieden zwischen gegenläufigen religiösen Parteien gewährleisten zu können. Er ist religiös neutral. Der weltanschaulich-religiöse Pluralismus entzieht der traditionellen Fixierung des Staats-Kirchenrechtes auf die beiden großen Kirchen in der religionspolitischen Diskussion und Praxis allmählich den Boden — zugunsten einer breiteren Perspektive auf Religionen und Weltanschauungen. Damit eröffnen sich neuartige Konstellationen von gesellschaftlichen Konflikten, für die Regeln formuliert werden müssen. Nicht nur Toleranz ist gefragt, wenn religiöse Konflikte drohen, ein friedliches Zusammenleben zu verhindern. Vielmehr ist politisch und gesetzlich positiv zu bestimmen, dass und auf welche Weise jedes Mitglied der Gesellschaft das Recht hat, sich zu den von ihm eingegangen Bindungen zu bekennen.

Religionsfreiheit

Das Bundesverfassungsgericht hat in der „Kopftuchentscheidung", es ging um eine muslimische Lehramtsanwärterin, formuliert: Das Grundrecht der Glaubensfreiheit „erstreckt sich nicht nur auf die innere Freiheit, zu glauben oder nicht zu glauben, sondern auch auf die äußere Freiheit, den Glauben zu bekunden und zu verbreiten. Dazu gehört auch das Recht des Einzelnen, sein gesamtes Verhalten an den Lehren seines Glaubens auszurichten und seiner inneren Glaubensüberzeugung gemäß zu handeln. Dies betrifft nicht nur imperative Glaubenssätze, sondern auch solche religiösen Überzeugungen, die ein Verhalten als das zur Bewältigung einer Lebenslage richtige bestimmen." (BVerfGE 108, 282)

Dem Staat ist dabei der Auftrag zur Neutralität durch das Grundgesetz vorgegeben. „Neutralität" meint dabei immer die Anerkennung der widerstreitenden religiösen Interessen als grundsätzlich gleichwertig. Der Verfassungsauftrag der Neutralität gegenüber den Religionen und Weltanschauungen und der praktisch und erfolgreich geordnete religiöse Frieden in der Gesellschaft bestehen aber nicht einfach beziehungslos nebeneinander. Sie entfalten Wirkung aufeinander. Denn diese „Neutralität" ist selbst ein in Geschichte und Gesellschaft eingebetteter Begriff, deren friedensstiftende Praxis wiederum Einfluss auf die Auslegung der staatlichen Neutralitätspflicht in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes hat. Auch das Grundgesetz enthält nicht, gleichsam wie eine „Heilige Schrift", absolut und endgültig alle Antworten auf zentrale politische Fragen. Das käme der Sakralisierung der Verfassung gleich, die so zu einer Art Bibel der Zivilreligion avancierte. Zum Beispiel hängt die konkrete Ausgestaltung staatlicher Neutralität davon ab, welche religiöse und traditionelle Tradition an dem Ort, für den die gesetzgeberischen Entscheidungen zu treffen sind, vorherrscht. In der Praxis kann die notwendige Weite der staatlichen Neutralitätspflicht in einer multikulturell geprägten Schule, etwa in Berlin oder in Bremen, völlig anders beurteilt werden, als etwa in einer Schule, deren Umgebung und religiöse Tradition „unversehrt" katholisch geprägt ist; beispielsweise in einer kleinen Stadt in Bayern. Man stelle sich umgekehrt den Tumult vor, wenn der Berliner Landesgesetzgeber planen würde, so wie es in Bayern Vorschrift ist, an Berliner Schulen ein Kruzifix in allen Klassenzimmern aufzuhängen.

Neutralität des Staates

Die täglich zu erlebende Realität in den Schulen macht eine staatliche Distanz beim Thema Religion nicht möglich. Der Träger einer Schule kann in der Praxis sich nicht, scheinbar konsequent, darauf zurückziehen, für seine Schule sei die geltende Neutralitätspflicht im Sinne einer „distanzierenden" möglicherweise „religionsfernen" Neutralität auszulegen. Und zeitgleich belehrt ihn ein Blick auf seinen Schulhof, wie Protestanten, Katholiken, russisch-orthodoxe Christen, serbisch-orthodoxe Christen, syrisch-orthodoxe Christen, Sunniten, Schiiten, Aleviten, Juden, Buddhisten und Hinduisten aufeinandertreffen und mitunter durchaus über religiöse Themen streiten. Diese jungen Menschen lassen ihren Glauben wie auch ihre religiösen Konflikte nicht morgens daheim in ihren vier Wänden. Religion, die Vielzahl ihrer Erscheinungsformen und auch entsprechende Konflikte, gehören genau so zur Schule, wie die Menschen, die sie besuchen. Die Schule als „religionsfreien" Raum gibt es nur ohne seine religiösen Schüler. Die Pflicht zur ethisch-religiösen Neutralität umfasst die Verpflichtung des Staates, den religiösen Frieden in der Gesellschaft zu gewährleisten. Er muss gesetzgeberisch und zugleich befriedend handeln. Die gesellschaftlichen Akteure haben es selbst in der Hand, ob sie die religiöse oder anti-klerikale Keule gegeneinander schwingen wollen! Religiösen Frieden in der Gesellschaft zu gewährleisten, ist eine wesentliche Voraussetzung zum Erhalt des säkularisierten Rechtsstaates.

Karl-Helmut Lechner, Norderstedt

12. JUNI 1989
1989
EUROPÄISCHE UNION

Kampf um Anerkennung – Das europäische Arbeitsschutzgesetz

Verschleißende Fabrikarbeit war keine singuläre Erscheinung der frühen Industrialisierung. Entnervende und kurzgetaktete Arbeit am Fließband, Hitze und betäubender Lärm, Zwangshaltungen und das permanente Arbeiten mit schweren Lasten, kennzeichnen die Arbeitswirklichkeit in den 1960er und 70er Jahren in allen Industrieländern. Die Technikeuphorie der 50er und 60er Jahren, die von einer quasi automatischen Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch technischen Fortschritt ausging, erwies sich als Fehleinschätzung.

Die 68er-Bewegung war nicht zuletzt auch eine Auseinandersetzung mit der „entfremdenden" Fabrikarbeit. Die Kritik an den Ausbeutungsverhältnissen fokussierte auf die intensiven Formen der Schweißauspressung an den Bändern, ihren kurzen Taktzyklen und vielen Erscheinungen der durch die Fabrikdisziplin und tayloristische Arbeitsorganisation fundierten Arbeitsumgebung. Die Kritik ging quer durch Europa, einschließlich der strukturellen Kritik an der Trennung von Hand- und Kopfarbeit in der industriellen Fabrikorganisation. Diese allgemeine Kritik an den Produktionsverhältnissen war durch die Aktionen in den Betrieben bestätigt, wurde durch sie gespeist. Aber es ging damals ebenso um die soziale Anerkennung des Arbeitnehmers, es ging um Bürgerrechte im Betrieb und die Beteiligung an der Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

Dies bildete den Hintergrund einer Debatte, die in der Verabschiedung der Europäische Rahmenrichtlinie für den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz am 12. Juni 1989 mündete. Zwar waren schon in früheren Dokumenten der Europäischen Gemeinschaften die Hebung der Arbeitsbedingungen und der Lebensstandards als Ziele formuliert worden, wie etwa die Empfehlungen für betriebliche Gesundheitsdienste von 1962, zwar gab es schon seit 1974 Aktionsprogramme für den Arbeits- und Gesundheitsschutz, zwar wurde eine sichere Arbeitsumgebung als Grundrecht ebenfalls im Jahre 1989 in der Europäischen Sozialrechtecharta verankert, dennoch setzte die Rahmenrichtlinie neue Standards.

Sie etablierte das Konzept der Arbeitsumwelt, das vorher in elf von zwölf Mitgliedsstaaten nicht bekannt war. Mit der Verpflichtung des Arbeitgebers, eine Risikobewertung aller möglichen negativen Einflussfaktoren am Arbeitsplatz durchzuführen, wurde ebenso ein Standard gesetzt wie mit der Hierarchie von Präventionsmaßnahmen, die bei der grundsätzlichen Beseitigung der Gefährdung anfängt und erst am Ende der Maßnahmenkette den Einsatz von persönlicher Schutzausrüstung vorsieht. Neu waren auch Standards bezüglich der Unterweisung der Beschäftigten und ihrer aktiven Teilnahme am betrieblichen Arbeitsschutz. Wurde mit der Rahmenrichtlinie vor allem die betriebliche Arbeitsschutzorganisation ausgestaltet, werden einzelnen Gefährdungen durch sogenannte Einzelrichtlinien bearbeitet. Heute besteht ein relativ umfassendes europäisches Arbeitsschutzrecht mit der Rahmenrichtlinie und 29 weiteren Einzelrichtlinien.[1]

Zu einem Perspektivwandel beigetragen haben allerdings auch Veränderungen in den institutionellen Arrangements des Feldes. Auf der einen Seite zeigt sich dies an der Vielzahl heute möglicher Beratung und den verzweigten Spezialgebieten des Arbeitsschutzes. Die Kritik an der Trennung von Planung und Ausführung ist heute tendenziell dem Bemühen gewichen, Fortschritte durch das Zusammenbringen von möglichst vielen Akteuren zu erzielen. Zwar wird weiter um die Anerkennung eines Skandals oder Problems und um angemessene Lösungen gerungen, aber die Verfahren haben sich verändert.

Auf der anderen Seite tragen zum Perspektivwechsel die institutionellen Veränderungen im politischen Raum bei. Der soziale Dialog zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ist institutionalisiert und kann zu vertraglichen Abkommen führen, die dann auf Antrag zu europäischen Gesetzen werden. Daneben setzt heute das Instrument der Stellungnahmen zu Kommissionsentwürfen und eigene Initiativen, die vom Parlament, dem Rat, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Sozialpartnern und in vielen Fragen auch von anderen Einrichtungen oder dem einzelnen Bürger kommen können, einen Aushandlungsprozess in Gang, der prinzipiell ergebnisoffen ist. Die weiter unten kurz portraitierten Einrichtungen kooperieren in diesen Fragen.

Rolf Gehring, Brüssel

Quelle: Laurent Vogel: The machinery of occupational safety and health policy in the European Union – History, institutions, actors; Brüssel 2015

1 Die Einzelrichtlinien behandeln jeweils spezifische Gefährdungsbereiche, besonders schutzbedürftige Personengruppe oder spezielle Tätigkeiten.

„… durch Zwangsgesetz von Staats wegen … Gesundheitsvorrichtungen aufherrschen"

Marx' Kapital bietet, namentlich im Band I, Mittel und Wege, Erfahrungen des Arbeitslebens politisch zu klassifizieren. Wird z.B. die „Vorstellung des Arbeiters*" dem Arbeitsakt zugeordnet, ist Kritik von Abhängigkeit und Despotie ein Menschenrecht und die Emanzipation der arbeitenden Klassen ein kollektives Ziel. Heißt es, dass sich innerhalb des kapitalistischen Systems alle Methoden zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit auf Kosten des individuellen Arbeiters* vollziehen, wird politisches Engagement der Lohnabhängigen motiviert: „Und was könnte die kapitalistische Produktionsweise besser charakterisieren als die Notwendigkeit, ihr durch Zwangsgesetz von Staats wegen die einfachsten Reinlichkeits- und Gesundheitsvorrichtungen aufzuherrschen*?" – Im langen Lauf der Zeit hat sich jedoch herausgestellt, dass für Pro-

duktivitätssteigerung vielseitig gebildete Arbeitskräfte immer interessanter wurden. Aus jedem Unternehmen kennt man immer noch die Neigung, auftretende Probleme auf Kosten der Abhängigen zu lösen, aber gesellschaftlich kommt auch das Interesse der Wirtschaft an gut ausgebildeten Kräften zum Tragen; das Ideal stumpfsinnigen Gehorsams („treu, dumm und stark") gilt nicht mehr. Wenn Arbeit auch von gewinnorientierten Unternehmen nicht zur Qual gemacht werden *muss,* geschieht das tagtäglich doch und könnte ohne Politik, Demokratie, Mehrheiten und integrierende Ziele dominant werden. Angesichts der vielfältig und stark differenzierten Lebenslage kann sich ein politischer Gegenpol um spezifisch formulierte Interessenpunkte nicht gruppieren. Einen übergreifenden Bezugspunkt liefert die sozial ausbuchstabierte Idee der Menschenrechte.

Martin Fochler, München

Anmerkung. Die vor dem *stehenden Worte führen über google, Suchbedingung „site:", zu den Textstellen. Beispiel: **Vorstellung des Arbeiters site:http://www.mlwerke.de/me/me23/**

Das Institutionelle Geflecht des europäischen Arbeitsschutzes

Die hier kurz porträtierten Institutionen bilden heute einen Teil des Feldes, in dem der betriebliche Arbeits- und Gesundheitsschutz thematisiert, vorangetrieben, teils auch ausgehandelt wird. Sie versammeln Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Wissenschaftler, Arbeitsinspektoren und Vertreter der Mitgliedsstaaten.

Die Stiftung von Dublin. Die erste Einrichtung diesses institutionellen Geflechts, die das Tageslicht erblickt, ist die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Dublin. Sie wird 1975 eingerichtet. (1365/75/EWG)* Aus den Erwägungsgründen: „Die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der modernen Gesellschaft stellt immer zahlreichere und komplexere Probleme. Es ist wichtig, daß sich die auf diesem Gebiet in der Gemeinschaft erforderlichen Aktionen auf interdisziplinäre wissenschaftliche Grundlagen stützen können."

* http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:01975R1365-20050804&from=DE
http://www.eurofound.europa.eu/

Ausschuss Hoher Arbeitsaufsichtsbeamter. Bereits im Jahr 1982 begann sich ein Ausschuss Hoher Arbeitsaufsichtsbeamter informell zu treffen, um der Kommission bei der Durchsetzung der EU-Gesetzgebung zu helfen und den gegenseitigen Erfahrungsaustausch zu pflegen. Mit einem Beschluss von 1995 (95/319/EC)* erhält der Ausschuss einen formalen Status.

*http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:31995D0319&from=EN

Der wissenschaftliche Ausschuss für Arbeitsplatzgrenzwerte. Dieser Ausschuss wird 1995 (95/320/EG)* eingesetzt. Er versammelt Wissenschaftler aus den Mitgliedsstaaten, die Stellungnahmen zu gesundheitsschädlichen Arbeitsstoffen abgeben und Vorschlägen für Grenzwerte machen.

http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:31995D0320&from=DE

Der Beratende Ausschuss. Aus dem Beschluss zur Einrichtung des Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz vom 22. Juli 2003 (2003/C218/01):* „Es empfiehlt sich, ein ständiges Gremium vorzusehen, um die Kommission bei der Vorbereitung und Durchführung der Tätigkeiten auf den Gebieten der Sicherheit und der Gesundheit am Arbeitsplatz zu unterstützen und die Zusammenarbeit zwischen den einzelstaatlichen Behörden, den Arbeitnehmer- und den Arbeitgeberorganisationen zu erleichtern." Beteiligt: Gewerkschaften, Arbeitgeber und Vertreter der Mitgliedsstaaten.

http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32003D0913(01)&from=DE

Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Die Agentur wurde am 18. Juli 1994 (2026/94/EG)* gegründet, ist in Bilbao ansässig und hat heute „Focal Points" in allen Mitgliedsstaaten. Ihr Fokus: die Umsetzung des bestehenden Arbeitsschutzrechtes und eine aktive Unterstützung der Arbeitsschutzakteure.

https://osha.europa.eu/de, http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:31994R2062&from=DE

Werbung für Germinal in der Zeitschrift *Gil Blas* vom 25. November 1884, Wikipedia

Germinal

Familien, ganze Generationen – Männer, Frauen, Kinder – haben die Bergwerke eingesogen, verschluckt. Ganze Regionen dem Leben mit und von der Kohle unterworfen. Immer war das Steigen in die Gruben auch ein ständiger Kampf um Erhalt von Gliedmaßen und Gesundheit, um Leben und das Überleben. Langer und schwerer Auseinandersetzungen hat es bedurft, das Risiko der Grubenarbeit zu senken und hartnäckiger Kämpfe, die Folgen der Grubenarbeit mit einer Rente zu mildern. Viele erinnern sich sicherlich noch wie lange es brauchte, bis die Bergarbeiter die Anerkennung der „Staublunge" als Berufskrankheit endlich als gesetzliche Norm erreichen konnten.

Emile Zola veröffentlicht in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts seinen Roman-Zyklus „Die Rougon-Macquart", die Geschichte einer Familie im Zweiten Kaiserreich. „Germinal" ist Teil dieses Zyklus und beschreibt Leben und Arbeiten in den nordfranzösischen Kohlengruben. *Matthias Paykowski,* Karlsruhe

Emile Zolas Werke sind weitgehend ins Deutsche übersetzt. Eine große Auswahl ist als eBook bei http://gutenberg.spiegel.de/autor/emile-zola-663 kostenlos zugänglich.

Kostenloser Download: www.etui.org/Publications2/Books/The-art-of-preventive-health-and-safety-in-Europe

Die Broschüre ist vom Institut des Europäischen Gewerkschaftsbundes herausgegeben und liegt in mehreren Sprachen vor.

Eine Geschichte der Arbeitsschutzplakate

Die Broschüre „Die Kunst des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in Europa" versammelt Poster zum betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz, die eine Zeitspanne von fast hundert Jahren abdecken. Sie führt durch die verschiedenen Perspektivwechsel und Schwerpunktsetzungen, die der Arbeitsschutz genommen hat. Dabei behandelt er auch die Funktion von Plakaten und ihren Einsatz als pädagogisches Mittel, das auch ohne Kenntnis der Landessprache verstanden werden kann.

Stand im ausgehenden 19. Jahrhundert lediglich die Anerkennung von Arbeitsunfällen und ihre Kompensation im Fokus, entwickelte sich in der Folge ein Regelwerk von Normen und Vorschriften, die den betrieblichen Arbeitsschutz weiterentwickelten. Erst Ende der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts veränderte sich der instruktive Charakter der Plakate grundsätzlich. War nach dem zweiten Weltkrieg hier und da als neues Element Humor anzutreffen, wurde das Plakat mit der einsetzenden Kritik an den verschleißenden und monotonen Arbeitsbedingungen in den großen Fabriken auch ein Moment der Anklage. Vor allem: die Arbeiter traten als Aktive auf den Plan – die Beschäftigten beginnen Einfluss auf die Arbeitsgestaltung zu nehmen. Stellvertretend sei hier auf einen „Risikoplan" für die Lackiererei hingewiesen, den Arbeiter eines Fiat-Werkes 1969 erstellten (Seite 35 der Broschüre) – der Anfang einer Bewegung, die heute mit dem Satz, „die Beschäftigten sind Experten in eigener Sache", allgemeine Anerkennung gefunden hat.

Rolf Gehring, Brüssel

Inhalt

Österreich: Bundespräsidentenwahl 2

Berlin: Viel zu tun für den rot-rot-grünen Senat 3

Italien: Der Verschrotter verschrottet 4

Trump gibt sich als Sachwalter der „Vergessenen" – in Wahrheit aber kämpft seine „Bewegung" nicht um deren soziale Emanzipation 5

Auslandsnachrichten 8

Österreich: Do&Co feuert 122 fliegende Köche aus der Türkei • Belgien: Warnung an XPO wegen gewerkschaftsfeindlicher Politik • Globaler Aktionstag der Lafarge-Holcim Arbeitnehmer • Schweiz: Vertragsloser Zustand im Ausbaugewerbe verhindert • Aktionswoche der Hotelangestellten • Frankreich: Airbus plant Abbau von 1600 Stellen • Spanien: Gewerkschaftsverbände planen Großdemonstrationen • Ungarn: Arbeitskampf von Mercedes-Beschäftigten • Türkei: Neue Dekrete und Angriff aufs Streikrecht • Kasachstan: Gegen Auflösung der Gewerkschaften • Iran: Freiheit für Gewerkschaftsvorsitzenden! • Paraguay: Streik der E-Werker gegen Privatisierung • Chile: Landesweite Proteste gegen Rentensystem • Australien: Erfolgreicher Streik der Bierbrauer und Handwerker

Aktionen … Initiativen 10

Bundesregierung muss gerechte Gestaltung der Globalisierung in den Fokus stellen • Die Zusammenarbeit für die globale Gesundheit und HIV-Bewältigung stärken • Rente: Paritätischer kritisiert Rentenpläne • Jedes Kind ist gleich viel wert • Zivilgesellschaft im Bündnis für nachhaltige Textilien • Deutlicher Anstieg homo- und transphober Straftaten • OSZE: Statt Frieden und Sicherheit – Krieg und Destabilisierung • Anwaltlicher Notdienst zum OSZE-Gipfel in Hamburg eingerichtet

Wege zum bezahlbaren Wohnen 12

Obdachlose in Köln: Seit 15 Jahren Hilfe zum Überleben 13

Kommunale Politik 14

Arm trotz Arbeit: Mindestlohn in Hamburg hat versagt! • Bürgerservice zu den Menschen bringen: Bottrop • BSAG streicht Buslinie(n) in Bremen-Nord •Stadt muss gute Voraussetzungen für erfolgreiche Integration schaffen: Essen • Linke & Piraten kritisieren Mietanstieg in Hannover• Streik der Grundschullehrerinnen und -lehrer in Chemnitz • Städte engagieren sich für Wohnungsbau • Landkreistag befürchtet fortschreitende Zentralisierung

Teilhabe statt Kostendämpfung! 16

Mehr Geld für Leihbeschäftigte 17

Wirtschaftspresse 17

Der Verlust von Ordnung und die umgreifende Entsicherung aller Lebensbereiche und eine linke Antwort darauf (Thesen) 18

10 Thesen zu Rechtspopulismus, AfD, Pegida 19

Religionsfrieden: Wir haben es in der Hand ! 20

Kalenderblatt 1989: Europäisches Arbeitsschutzgesetz 22

Konkrete Demokratie Soziale Befreiung – Arbeitsgemeinschaft der Linken Winterschule vom Do, 5.1., um 14 Uhr bis Sa, 7.1.2017, 17 Uhr in Erfurt

Donnerstag, 5.1.2017,18 Uhr: *Mitgliederversammlung – Projektberichte*
Einleitung: *Wolfgang Freye, Rolf Gehring:* Arge-Finanzrahmen, Möglichkeiten der ideellen und materiellen Projektförderung (Beispiel „Wegemarken – Kalenderblatt").
Vortrag: *Karl-Helmut Lechner* – zur Arbeit am **Thema „Bekenntnis – Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in der rechtlich geordneten Demokratie.** (Siehe auch diese Ausgabe der PB, Seite 20–21
Donnerstag, 14 Uhr bis 17.30 Uhr und **Freitag, 9 Uhr bis 12.30** und **14 Uhr bis 18 Uhr:** Lektüre von Quellentexten zum Thema: **Autoritäre Demokratie ? – Problemlage, Kritik und Gegenstrategien**
Ob Deutschland, Österreich, USA, den erstarkenden rechtspopulistischen, nationalistisch und völkisch orientierten Bewegungen unserer Zeit ist die Missachtung von Menschenrechten und rechtsstaatlich geordneten Verfahren gemeinsam. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit will das staatliche Gewaltmonopol ergreifen. Wahlen und Abstimmungen werden als Mittel der Ermächtigung eingesetzt. Wo rechtspopulistische Strömungen exekutive Macht erringen konnten, stoßen sie an durch Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit gezogene Grenzen. Der Londoner High-Court, der die Regierung May verpflichtet hatte, den angekündigten Brexit-Antrag dem Unterhaus zur Billigung vorzulegen, wurde als volksfeindlich und undemokratisch diffamiert. Gesetze und Gerichtsurteile, die Diffamierung von Menschen und Menschengruppen zurückweisen, werden als undemokratische Behinderung der Meinungsfreiheit gebrandmarkt. Wie ist es möglich, dass eine autoritäre Bewegung sich unter der Fahne der Demokratie sammeln kann?
Die Diskussion der Staatsformen hat in Europa eine lange Geschichte, in der die verwirrende Kopplung von Demokratie–Despotie immer wieder thematisiert wird.
Wir diskutieren Quellentexte (Auszüge werden im Kursmaterial zur Verfügung gestellt) in 4 Abschnitten: Teil 1: Platon/Aristoteles wirkungsmächtige Schriften über die Staatsformen. Cicero über die Gesetze. Teil 2: Das Mittel der Gewaltenteilung bei John Locke und Montesquieu. Teil 3: Volonté générale bei J.J. Rousseau; das plebiszitäre Kaisertum Napoleon III. und die Marx'sche Kritik (18. Brumaire des Louis Bonaparte). Teil 4: John Rawls, Niklas Luhmann u.a., Demokratie als System von Verträgen, demokratische und despotische Varianten der Steuerung.
Wir führen diese Diskussion, um in den schroffen und riskanten aktuellen Konflikten der Zeit die rechtlich geordnete Demokratie als Weg und Bedingung von Emanzipation zu propagieren und die Verfahren der totalitären Ermächtigung zurückzuweisen.
Samstag, 9.30 Uhr bis 12.30 Uhr MATINEE:
Thilo Janssen, Autor der Studie **„Geliebter Feind – Rechtsaußenparteien und die Europäische Union",** wird in einer öffentlichen Matinee seine Eindrücke und Einsichten zu den umkämpften Fragen im europäischen Raum zur Diskussion stellen. In die Diskussion mit aufgenommen wird die strategische Konzeption der AfD. Genauer untersucht werden die Publikationen von Dr. Marc Jongen, Philosophiedozent an der Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe und AfD-Politiker. Input: *Eva Detscher,* Redaktion Politische Berichte.
Im Anschluss: (13.30 Uhr) : AK Internetkommunikation – Kooperationsprojekt des Vereins für Politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation mit der Arge – zur Begründung. Kurzberichte: • Politische Bericht – Produktion – Redaktion – Autor/innen *Martin Fochler* • Wegemarken/Kalenderblatt: Das Problem der Mehrsprachigkeit *Rolf Gehring* • PB im Internet. Kurzvorstellung der aktuellen Version (siehe www.linkekritik.de) • Wege der Diskussion – und Archiv bei www.linkekritik.de, *Barbara Burckhard, Eva Detscher*

Wir tagen in der Jugendherberge „Hochheimer Straße", in der „JH Klingenstraße" übernachten wir. Beide liegen nur etwa 5 Minuten Fußweg auseinander. Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. Die Kosten für Ü/F betragen **37 Euro/Tag und Person**. Bettwäsche ist vorhanden, **bitte Handtücher mitbringen**. Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben. Wir bitten euch um **Anmeldungen bis 15. Dezember** und nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in fünf Wochen am 19. Januar 2017. Redaktionsschluss: Freitag, 13. Januar. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.
Die Erscheinungstermine 2017: 19. Jan., 16. Feb., 16. März, 13. April, 11. Mai, 6. Juli, 3. Aug., 31. Aug., 12. Okt., 9. Nov., 7. Dez.